

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3.30 M., monatl. 1.10 M.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7871.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
 jeite ober deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 13. März 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Meineidsprozesse und Schwurgerichte.

Die Königer Meineidsprozesse gegen Maßhoff und gegen Julius Levy haben das öffentliche Interesse aufs höchste erregt und die alte Frage nach der Zweckmäßigkeit der Schwurgerichts-Justiz von neuem aufgerollt. Die Kleinminderarbeit, die die Reaktion gegen das Schwurgericht als eine alte Errungenschaft des Liberalismus führt, hat nie ganz geruht. Jetzt aber gefallen sich dazu Angriffe aus liberalen Kreisen; es giebt leider Leute, die alle Grundsätze über Vord zu werfen geneigt sind, sobald ihre Anwendung sich einmal gegen sie lehrt.

Es ist nun nicht zweifelhaft, daß die antisemitische Volksstimmung bei den beiden Königer Prozessen auf die Entscheidung eingewirkt hat. Das Urteil im Maßhoff'schen Fall zeigt klar, daß die Sympathien der Mehrheit der Jury auf Seiten der antisemitischen Angeklagten waren, und daß ihr deren wunderbare Behauptungen mindestens nicht widerlegt erschienen sind.

Der Levy'sche Fall läßt sich für jemand, der der Verhandlung nicht beigewohnt hat, weniger leicht beurteilen. Angesichts des Umstands, daß eine Anzahl der näheren Bekannten Winters von dessen Verkehr mit Levy late etwas bemerkt haben, erscheint die Belastung ungemein schwach; man muß überhaupt bezweifeln, daß in einem so von Leidenschaften durchwühlten Bezirk wie König und in einer die Interessen der beiden Parteien so stark berührenden Frage es jetzt noch möglich wäre, auf Grund von Zeugenaussagen ein sicheres Bild zu gewinnen. Soweit genug die Stimmung des Publikums, das von vornherein Levy für schuldig erklärt hat, und die tumultuarischen Vorfälle, die selbst dem widerlich sein müssen, der annimmt, daß Levy falsch geschworen, daß er vielleicht, wie es oft geschieht, aus Angst vor Unannehmlichkeiten einen an sich harmlosen Umstand abgeleugnet habe.

Untersuchungen wegen Meineids bieten ganz besondere Schwierigkeiten, weil es hier gilt, sich in die Seele, in die Wahrnehmungsfähigkeit und das Erinnerungsvermögen eines andren, des Angeklagten, hineinzuversetzen. Jeder Kriminalist mag täglich die Erfahrung, daß derselbe Vorgang von verschiedenen Leuten, an deren Gewissenhaftigkeit zu zweifeln man keine Ursache hat, ganz verschieden beobachtet wird, daß er sich dann wieder in der Erinnerung bei beiden ganz verschieden gestaltet, und daß endlich seine Wiedergabe bei der Vernehmung ganz neue, der individuellen Ausdrucksweise der Befragten entflammende Verschiedenheiten aufweist, so daß am Ende völlig abweichende Bilder entstehen. Ich erinnere hier nur an den Fall des Landgerichts-Direktors Schmidt in Breslau, der in öffentlicher Gerichtsverhandlung eine Keuherung gethan hatte, die so verstanden worden war, als wolle er die Führer der Socialdemokratie bezichtigen, ihre Anhänger zum Meineid anzureizen. Diese Keuherung hatte schon in dem Augenblick, wo sie gefallen war, das lebhafteste Interesse erregt und sofort zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Verteidiger und dem Direktor geführt; als es aber später bei einer Verleumdungssache gegen den Redacteur Ziel erfordern wurde, den Wortlaut genau festzustellen, ergab sich, daß die Anwesenden, Verteidiger, Staatsanwalt, Richter, Gerichts-Beisitzer, also lauter Gebildete und in der Erfassung solcher Umstände geübte Leute, über die wesentlichen Ausdrücke erheblich von einander abwichen, so daß eine objektive Feststellung nicht mehr getroffen werden konnte. Gerade weil unzählige Zeugenaussagen gemacht werden, die in irgend einem Punkte objektiv unrichtig sein müssen, ist der Nachweis eines wirklich wissenschaftlichen Faltschneids im einzelnen Falle äußerst schwer. Deshalb pflegen die Staatsanwaltschaften mit der Erhebung von Meineidsanklagen im allgemeinen zurückhaltend zu sein, und trotzdem endet immer noch ein sehr erheblicher Teil dieser Anklagen mit Freisprechung. Aus demselben Grunde ist aber auch ein Irrtum zu Ungunsten eines Angeklagten in einem Meineidsprozeß sehr leicht möglich, namentlich in Fällen, in denen allgemeine Stimmungen oder Leidenschaften mitspielen.

Wir Socialdemokraten sind ganz besonders hierbei interessiert, weil in den letzten zehn Jahren einige unserer Parteigenossen wegen Meineids verurteilt worden sind, von deren Unschuld wir auf Grund unserer Kenntnis der Persönlichkeiten und der Umstände festest überzeugt sind. Die Verurteilung des Genossen Matthies in Magdeburg, der Meineidsprozeß gegen Schröder und Genossen, der ganz Deutschland weit über die Grenzen unsrer Parteikreise hinaus erregt hat, sind noch unversehrt, und dazu gesellte sich vor einem Jahr die Verurteilung des Genossen Holtz aus Bismar.

Im letzten Fall schloß zunächst jedes verständliche Motiv, das den Angeklagten zu einem Meineid hätte verleiten können, und als der Verteidiger hierauf aufmerksam machte, erwiderte der Staatsanwalt, das Motiv läge klar zu Tage, Holtz habe offenbar die Rücksicht gehabt, der ihm als Socialdemokraten verhassten Polizei eine Anzeigefähigkeit nachzuweisen und seinen Parteigenossen, den Angeklagten Steinbrügge, herauszureißen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Geschwornen bei ihrer nur wenige Minuten währenden Beratung über die Schuldfrage gerade durch diese Beweisführung überzeugt und geleitet worden sind, während wir Socialdemokraten es für unmöglich halten, daß Holtz aus diesen Gründen einen wissenschaftlichen Meineid geleistet haben könnte.

Solche Urteile treffen uns, wie gesagt, sehr hart, trotz alledem können wir nicht in das Verdammungsurteil gegen die Einrichtung des Schwurgerichts und gegen die Ueberweisung namentlich der Meineidsprozesse an Geschworne einstimmen. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß alle diese Urteile nicht möglich gewesen wären, wenn sich nicht Staatsanwälte gefunden hätten, die die Anklagen erhoben und in der Verhandlung mit der ganzen Gewandtheit, die die juristische Technik giebt, vertreten

hätten, um eine Verurteilung herbeizuführen. Dazu weiß man, wie stark der Gang einer Verhandlung abhängt von der Art der Leitung durch den juristisch gebildeten Vorsitzenden. In keinem dieser Fälle hat zudem das Richterkollegium des Schwurgerichts von seinem Rechte Gebrauch gemacht, den uns so offenbar falsch erscheinenden Spruch der Geschwornen zu kassieren. Der Schluß ist also unabweisbar, daß die gelehrten Juristen genau denselben Irrthum verfallen sind wie die Geschwornen, und deshalb sind alle diese Fälle recht ungeeignet, die angeblichen Vorzüge der Juristenjustiz vor der der Geschwornen nachzuweisen.

Man muß sich zunächst klar werden, welche Aufgabe die Laiengerichte haben und was man von ihnen erwarten kann, und da muß man von vornherein sagen, daß das, was das Schwurgericht leistet, etwas ganz andres sein muß, als die Thätigkeit der gelehrten Gerichte. Stellen wir uns einmal den juristischen Richter als Typus vor, wie er sein soll und kann, und im Durchschnitt der Fälle auch ist: er besitzt ein gewisses Maß von Kenntnissen und juristisch geschultem Denken. Der Wortlaut des Gesetzes und dessen juristischer Begriffsinhalt stehen ihm an erster Stelle, er operiert mit ihnen wie ein geschickter Handwerker mit seinem Werkzeug. Er erwirbt aber auch eine gewisse Routine in der Auffassung und Beurteilung eines verwickelten Thatbestands, namentlich hat er die Übung, viele Stunden, vielleicht tagelang hinter dem Gerichtstisch zu sitzen und die Vorgänge einer langen Verhandlung mit ungeschwächter Aufmerksamkeit an sich vorüberziehen zu lassen. Durch lange Erfahrung gewinnt er einen gewissen kritischen Blick gegenüber den regelmäßig vorkommenden Täuschungsversuchen. Die Handwerksmäßigkeit seiner Arbeit verleiht ihm den meisten Fällen gegenüber mindestens die Objektivität der Gleichgültigkeit; der „Fall“ interessiert ihn nur als solcher, und es wird ihm verhältnismäßig leicht, Gefühle der Abneigung und der Eunst auszuschleiden. Alle diese Eigenschaften haben die Geschwornen nicht in gleichem Maße besitzen wie die studierten Richter. Wer deshalb von ihnen verlangen wollte, daß sie genau in derselben Weise Recht sprechen sollten wie der Jurist, der thäte am besten, auf das ganze Institut zu verzichten, denn er würde etwas Unmögliches von ihm erwarten.

Die Aufgabe der Laienrichter liegt aber auf ganz andrem Gebiet. Um sie zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß wie bei jeder menschlichen Einrichtung so auch bei den gelehrten Gerichten dieselben Eigenschaften, die ihren Vorzug bilden, zugleich die Quelle der ihnen eigentümlichen Schwächen sind. So unentbehrlich die Ausbildung juristischer Begriffe für die Gesetzgebung und Rechtsprechung ist, so unbestreitbar ist, daß die vorwiegende Beschäftigung mit ihnen die Wirkung hat, den Juristen dem Leben, das heißt den Bedürfnissen des Volks und seinem Rechtsgefühl zu entfremden, zumal da der Buchstabe des Gesetzes und die Begriffe der Wissenschaft weit langsameren Veränderungen unterworfen sind, als die Verhältnisse des Lebens. Diese Entfremdung wird schon durch die juristische Betrachtungsweise an sich bewirkt, wird aber noch erheblich verstärkt durch die standesmäßige Abgeschlossenheit des Juristen vom Volks und durch den Einfluß der besonderen Interessen der Bureaukratie. Da aber die Rechtspflege nicht um der Gesehe und der Wissenschaft willen da ist, sondern umgekehrt, bedarf man der Laienjustiz als Mittels, um den Zwiespalt zwischen dem Rechtsbewußtsein des Volks und dem der Juristen in der Rechtsprechung nicht allzusehr zur profanen Wirkung kommen zu lassen, und als eines Manometers, um den Druck zu messen, unter dem die feste juristische Form den sich denkenden gesellschaftlichen Inhalt hält.

Deshalb soll der Laienrichter sich nicht unbedingt an Gesehe und Theorien binden, sondern wenn er das geschriebene Recht als Widerspruch zu den Bedürfnissen des Lebens und dem Rechtsgefühl des Volks empfindet, sich durch diese leiten lassen. Der gelehrte Jurist kann diese das Recht fortbildende Thätigkeit nur in beschränktem Maße ausüben.

Der Laienrichter hat aber auch noch andre besondere Vorzüge vor dem Juristen; dafür daß ihm die Routine fehlt, besitzt er, weil er nur ausnahmsweise als Richter wirkt, ein höheres persönliches Interesse für die Sache, auch ist er weniger in Gefahr, von einem hergebrachten schematischen Gedankengange beherrscht zu werden.

Sehr selten wird der Geschworne der Versuchung verfallen, der die Jurisprudenz so oft erliegt, einem klaren Thatbestand eine gesinnete juristische Auslegung zu geben. Die Ausdehnung des Begriffs der Majestätsbeleidigung, die Verwischung aller Grenzen der dem Thäter zugerechnenden Folgen seiner That, namentlich die Bestrafung von Keuherungen mittels Unterlegung eines Einnz, den sie zwar nicht haben sollten, den aber irgend jemand darin suchen könnte (dolus eventualis), die auf denselben Grundfehler beruhende Auffassung von der „Beendigung“ eines Preßdelikts erst mit der Verbreitung des letzten Exemplars, die zum „fliegenden Gerichtsstand der Presse“ und zu einer falschen Aufhebung der preßrechtlichen Verjährung geführt hat, und andre juristische Errungenschaften der Neuzeit, die das öffentliche Vertrauen in die deutsche Justiz erschüttert haben, wären Geschwornengerichten unmöglich gewesen. Der praktische Beweis dafür sind die Verhältnisse im Königlich Wapern, wo die Preßdelikte von Geschwornen abgeurteilt werden, und wo unzählige Anklagen nicht erhoben werden, die außerhalb Waperns zu einer Verurteilung führen würden.

Kritik hat auch wieder die Laienrechtsprechung die Fehler ihrer Vorzüge. Geschworne werden leichter wie gelehrte Richter geneigt sein, über die klaren Deduktionen des Staatsanwalts oder Verteidigers, ja über den Wortlaut des Gesetzes selbst hinwegzuspringen. Es wird Laienrichtern eher widersprechen, als Juristen, daß sie einen Angeklagten wegen einer That verurteilen, die er absolut nicht begangen hat. Es mag zutreffen, daß ihre Urteile unmittebar durch eine leidenschaftliche Massenstimmung, durch Haß oder

Mitleid, oder gar blindes Vorurteil beeinflusst werden können. Wir Socialdemokraten empfinden jetzt sogar diese Gefahr besonders, weil in Deutschland die Geschwornengerichte einseitig aus Angehörigen der besitzenden Klassen zusammengesetzt werden. Aber auch eine weitgehende Demokratisierung des Geschwornen-Instituts würde vor dieser Klippe nicht schützen, denn sie liegt eben im Wesen der Laienjustiz. Die grauenhaftesten Ausschreitungen der französischen Revolutionstribunale, die häufig mit ihrem Urteil fertig waren, ohne den Angeklagten auch nur gehört zu haben, beweisen das. Auch Levy wäre sicher nicht besser davongekommen, wenn man in König zur Bildung des Schwurgerichts die breiten Massen herangezogen hätte, die ihn verhöht und beinahe gemißhandelt haben. Es ist eine Uebertreibung aus der Jugendzeit des Liberalismus, wenn man im Geschwornengericht unter allen Umständen ein „Palladium der Freiheit“ sehen will; es kann gerade so der Tyrannei von oben oder unten dienen. Aber wenn das geschieht, so beweist es nicht, daß der Gedanke der Mitwirkung der Laien an der Justiz falsch wäre, sondern nur, daß gesellschaftliche Verhältnisse unhaltbar sind, unter denen vom Fanatismus eingegebene und das Rechtsgefühl empörende Urteile gefällt werden.

Zwar giebt es kein Mittel und wird es nie ein geben, nur die besonders starken Charaktere und vorurteilsfreien Köpfe auf die Geschwornenbank zu bringen. Bei jedem Institut, möge es nun Juristenrecht oder Laienjury sein, muß man mit Kräften durchschütteln, moralischer und intellektueller Begabung rechnen. Aber man kann dieses Durchschüttelmah erhöhen, man kann die Vorurteile selbst und ihre Einwirkung mildern, Milderheit und Vernunftselbst besseigen, man kann allgemeine politische Zustände herbeiführen, in denen Unparteilichkeit gegen jedermann, leidenschaftslose Verhandlung auch des Gegners ein so selbstverständliches Lebensmoment der Gesellschaft sind, daß auch der Durchschnittsmensch sie zu üben weiß. Auch dann werden Laien und Juristen je ihre besondern Schwächen und Vorzüge haben, aber dann können beide je auf ihrem Gebiete ihre Vorzüge entfalten, ohne daß die Justiz zum Tummelplatz der Ungerechtigkeit und der Vorurteile zu werden braucht. Alle Institutionen sind an sich nichts, sie werden das was sie sind nur durch die Menschen, die sie handhaben, und durch die Art, wie dies geschieht. Darum sehen wir die Teilung der Uebelstände, die bei Schwurgerichtsurteilen hervortreten, auch wo sie uns und Leute denen wir wohlwollen treffen, nicht in einer Veseitigung des Geschworneninstituts, sondern in einer Läuterung der allgemeinen politischen Bildung.

Freilich ein Staat, der es zum Prinzip erklärt, Angehörige der Nation ihrer politischen Genösung oder ihres religiösen Glaubens wegen in den allen Staatsbürgern zustehenden Rechten zu beschränken, der ist noch himmelweit von dieser Bildung eines geklärten Rechtsgefühls entfernt, und er kann sich nicht wundern, wenn Ungerechtigkeit und Fanatismus auch in den Massen immer wieder hervorbrechen. Mithin ist jeder, der nicht auf allen Gebieten die Ungerechtigkeit bekämpft, sondern der, wo sie ihm gerade nicht wehtut, die Hände in Unschuld wäscht.

Wolfgang Heine.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 12. März.

Den Etat des Reichs-Eisenbahnamts

erledigte der Reichstag am Dienstag in vierstündiger Sitzung. Ueber einen Ueberfluß an materieller Macht kann dieses Amt noch weniger klagen als das Reichs-Justiz- und das Reichs-Schatzamt. Die Macht liegt bei den Eisenbahnverwaltungen der einzelnen Bundesstaaten. Die Eisenbahnen des Reichslands verwaltet Herr v. Thielen im unbefol deten Nebenamt, und so ist das Reichs-Eisenbahnamt im wesentlichen nur eine beratende Behörde.

Es müßte viel mehr sein. Die Interessen des Verkehrs erfordern dringend eine Central-Instanz, die das Tarifwesen reformiert, für eine einheitliche Verwaltung sorgt und die Betriebssicherheit auch dadurch erhöht, daß dem Arbeiter- und Beamtenpersonal der Eisenbahn anständige Löhne, kürzere Arbeitszeit und freies Koalitions- und Vereinsrecht gewährleistet werden.

Die bürgerlichen Parteien schienen wenig Lust zu haben, auf diese grundsätzlichen Gesichtspunkte einzugehen. Abgesehen von dem freisinnigen Abgeordneten Dr. Müller-Sagan, der dem Reichs-Eisenbahnamt wenigstens das Rückgrat stärken wollte gegenüber den einzelstaatlichen Verwaltungen und die Reform des Güter- und Personentarifs forderte, begnügte man sich damit, über die Ergebnisse der letzten Konferenz im Reichs-Eisenbahnamt zu debattieren, die eine Anzahl Verbesserungen im Signalwesen und in der Einrichtung der D-Wagen gestaltete sich die Debatte erst, als unsre Genossen Stolle, Stadthagen und Zubeil in sie eingriffen. Stolle wies nachdrücklich auf den verderblichen Geist des Feudalismus hin, der die Kräfte der Beamten und Arbeiter in unerhörter Weise anspannt und die Rücksicht auf die Einnahmen weit über die Rücksicht auf den Verkehr stellt. Seine Bemerkungen über den sächsisch-preussischen Eisenbahnkrieg riefen eine Erwiderung des sächsischen Bundesbevollmächtigten Graf Hohenhausen hervor, wonach die sächsische und preussische Eisenbahn-Verwaltung, von kleinen Reibungen abgesehen, ein Herz und eine Seele sind.

Stadthagen ging zu einem scharfen Angriff auf die Thielen'sche Eisenbahn-Politik über. Mit gerechter Schärfe

gehaltene die Art und Weise, wie Herr v. Thielens nach eigenem Ermessen das reichsgefehlte verbürgte Koalitionsrecht der Arbeiter illusorisch machte. Er forderte den Käftfrudentag für die Eisenbahn-Bediensteten und brachte den Fall Wiede zur Sprache. Ein scharfer Ausdruck, der auf Herrn Thielens gemünzt war, trug ihm einen Ordnungsruf ein.

Unterstützt von Herren Dr. Paasche und Camp suchten sich Dr. Schulz und Oberbaurat v. Wisfani gegen die Angriffe unster Genossen zu verteidigen. In einer sachkundigen Rede erwiderte ihm Zubeil und widerlegte eine zurechtgemachte amtliche Statistik, die den Zusammenhang von Ueberbürdung der Beamten und Eisenbahnunfällen zu bestreiten bestimmt ist. Die Zustände der 4. Wagenklasse gaben unserm Redner Stoff zu eingehender Kritik. Als Zubeil geschlossen hatte, machte die Mehrheit Schluss.

Mittwoch fällt die Sitzung aus. Am Donnerstag sollen einige Entwürfe aufgearbeitet werden, darunter das Kapitel „Reichs-Versicherungsamt“.

Das Abgeordnetenhaus

hat am Dienstag die zweite Beratung des Kultusetats fortgesetzt und zunächst das Kapitel Elementar-Unterrichtswesen erledigt. Zu nennenswerten Debatten darüber kam es nicht mehr. Ebenso wenig konnte sich die Besprechung des Kapitels Kunst und Wissenschaft zu der diesem Thema gebührenden Höhe aufschwingen. Nur Abg. Dr. Virchow (Hera, Sp.) äußerte sich eingehend über die hohe Bedeutung der Kunst, während alle übrigen Redner sich mit Einzelwünschen begnügten. Es wurde u. a. gefordert, daß mehr als bisher für Kunstausstellungen geschieht, daß die Museen des abends geöffnet sind, daß übersichtlichere Kataloge veröffentlicht werden und daß Sachkundige die Führung durch die Museen übernehmen.

Am Mittwoch wird die Beratung des Kultusetats beim Kapitel „Technisches Unterrichtswesen“ fortgesetzt.

Socialdemokrat und Großherzog.

Das gewiß nicht weitererschütternde Ergebnis, daß der Großherzog eines Bundesstaats als Gast bei einem parlamentarischen Abend zugegen gewesen, und die Gelegenheit benützt habe, sich mit einem Socialdemokraten zu unterhalten, erregt in der bürgerlichen Presse eine besondere Aufmerksamkeit, die an sich unverständlich ist. Es scheint, als ob der „Zwischenfall“ manchen Leuten unbehaglich ist.

Dieses Unbehagen äußert sich in zweierlei Formen. Die Schifflinger reden wieder einmal von der berühmten Rauferei und bemähen sich die „Unentwegten“ gegen den Genossen Ulrich zu animieren, weil dieser mit einem feibhäftigen Fürsten von Gottes Gnaden drei Viertelstunden lang geplaudert hat. Hingegen gestehen die Kufschichtigeren offen ihre Velleummungen über den Vorfall, der ihnen geeignet scheint, den mit so vieler Mühe und so betriebamer verleumderrischer Lügenzucht genährten Aberglauben über das Wesen der Socialdemokratie auch in rüchständigen Kreisen zu erschüttern.

Die Spekulationen auf das Mißtrauen der socialdemokratischen Massen, denen sich die Schlaumeier hingeben, sind eine recht vergebliche Bemühung. Daß ein Großherzog das Bedürfnis fühlt, sich bei einem Zusammentreffen auf parlamentarisch-neutralem Boden bei einem Führer der stärksten deutschen Partei über deren Ansichten und Stellungen zu informieren, sollte das selbstverständliche Ding von der Welt sein. Wären wir monarchistisch gesinnt — was wir nicht sind — so würden wir solche Informationen sogar unter die unerschließlichen Regentenpflichten rechnen. Andererseits hat natürlich ein Socialdemokrat keinen Anlaß, einer solchen Unterredung auszuweichen. Die Gleichberechtigung aller Menschen ist für uns erster Grundsatz, und wir wüßten nicht, warum nicht auch ein Großherzog im Privatverkehr ein Anrecht auf unsere Höflichkeit haben sollte. Anherdem wird ein guter Socialdemokrat keine Gelegenheit veräumen, für seine Ideale zu agitieren, zumal wir so sicher in unster Ueberzeugungen stehen, daß wir tausendmal eher auf andre als von andren abfärben. Daß Socialdemokraten für „freundliche Worte aus hohem und allerhöchstem Munde“ besonders empfänglich sein sollen, ist eine Voraussetzung, die bei Leuten, die in Laialenanschauung aufgewachsen sind, im allgemeinen selbstverständlich ist. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ aber jetzt diese schwammige Spitze stellt, so ist das nur eine ableitende Verlegenheitsbeschäftigung, weil sie auf andre Weise ihren Jörn über das gar nicht in ihren politischen Kram passende Ergebnis nicht zu äußern wagt.

So viel Selbstbeherrschung vermögen die fimbervandenden „Berliner Neuesten Nachrichten“ nicht aufzubringen. Sie poltern los, plump und ergöblig: „Herr Ulrich muß entweder ein sehr zahmer „Genosse“ sein oder er hat dem Großherzog die wahren Ziele der Socialdemokratie höflich verschwiegen, sonst würde diese dreiviertelstündige Unterredung wohl kaum möglich gewesen sein.“

Dann beschwört sie das Schreckbild des badischen Aufstands vom Jahre 1849 herauf:

„In Hessen scheinen sich Reigungen zu einem vorgeschrittenen Madialismus Bahn zu brechen, denen man sich einstweilen um so unbehinderter anvertraut, als dank den Einrichtungen des Reichs die Folgen, von denen einst das badische Nachbarland so schwer betroffen wurde, heute bis auf weiteres unmöglich sind.“

Und endlich ruft das Blatt mit zahloser Duffigkeit in mißglückendem Gohn aus:

„Nach einer Ankündigung des „Vorwärts“ soll zum 18. März als ein Beitrag zur Parteiliteratur eine „reich illustrierte Kommune-Erinnerungs-Kummer“ erscheinen. Von dem von Bebel verfaßten Einführungsartikel sagt der „Vorwärts“, daß er eine „schwungvolle Darlegung und Würdigung der Kommune“ sei. Es handelt sich um eine Verherrlichung der Pariser Kommune, wie auch der historische Kalender des „Vorwärts“ sie sich angelegen sein läßt. Für den „Genossen“ Ulrich vielleicht das geeignete Thema zu seiner nächsten Unterhaltung mit seinem „Großherzog.“ Ganz unserer Meinung! Das wäre in der That ein geeignetes Thema und wir zweifeln nicht, daß der Großherzog von Hessen, sofern er ein Mensch von unbefangenen Urteil, historischer Einsicht und humanem Gefühl ist, von der Darstellung dieser gewaltigen Tragödie eines Volksbefreiungskampfs tief ergriffen werden würde.

Ein wenig begreifen wir ja den grossenden Schmerz der realistischen Presse. Denn einer gewissen Pikanterie entbehrt jenes Gespräch in der That nicht, wenn man bedenkt, welche Anschauungen und Äußerungen über die Socialdemokratie von manchem Standesgenossen des Schwagers des Jaren bekannt geworden sind. Und gerade heute mag dieser Presse die Sache fatal sein, wo sie joesen die Socialdemokratie verantwortlich dafür gemacht hat, daß ein Epileptiker ein Stück Eisen nach dem Reichsoberhaupt warf. Aber gewerdmäßige Lügner und Verleumder müssen nun einmal solche peinlichen Gefühlsstörungen in den Kauf nehmen.

Eine Niederlage der französischen Agrarier.

Paris, 11. März.

Keine Getreide-Ausfuhrprämien! Der im „Vorwärts“ bereits besprochene Brotwucher-Plan ist elendiglich gescheitert. Der Senat hat dem agrarischen Gesetzentwurf nicht einmal die Ehre der

Einzelberatung angedeihen lassen. Als Wunsch der Regierung wurde der Uebergang zur Einzelberatung mit 176 gegen 108 Stimmen abgelehnt. Damit nicht genug, verwarf der Senat den Brotwucherern einen weiteren Schlag, indem er vorher noch mit 161 gegen 58 Stimmen den Maueranschlag der Rede des Finanzministers votierte, die den Gesetzentwurf als einen Anschlag auf die Interessen der Brotkonsumenten von Stadt und Land, der städtischen und der ländlichen Volksmasse, sowie auch als einen Raubzug gegen den Staatsfädel nachweist.

Die Bedeutung des Senatsvotums kann nicht hoch genug bewertet werden. Es ist die erste Niederlage der französischen Agrarier, die bisher ungeschindert von Sieg zu Sieg eilten unter Mitwirkung der bürgerlichen Abgeordneten aller Parteien einschließlic derjenigen Linksradikalen, die einen ländlichen Wahlkreis vertraten, und mit der feils diensteifrigen Hilfe der Regierungen aller Parteifarben und Parteimischungen. Das Jauberwort der Agrarier, die Rettung der „ländlichen Demokratie“, wie der Bruder Bauer hierzulande feierlich genannt wird, wurde im Laufe der Senatsdebatte von kompetenter Seite als demagogischer Schwindel erwiesen. Gerade auch im Interesse der Bauernschaft wurde der Brotwucher-Plan vom Landwirt Couteaux, vom Landwirtschaftsminister Jean Dupuy, vom Finanzminister Caillaux u. a. aufs nachdrücklichste bekämpft.

Das Senatsvotum ist um so verdienstvoller, als es sich um einen Entwurf handelte, den die Deputiertenkammer bereits mit der üblichen großen Schutzöllner-Mehrheit votiert hatte. Dabei stand der Senat wohl unter einem „Druck von außen“, aber unter einem solchen zu Gunsten der Brotwucherer, ausgelöst von den weiterverzweigten und mächtig organisierten Agrarier-Vereinen. Hingegen fehlte es gänzlich an einer Agitation gegen den Brotwucher-Entwurf, wenn man nicht als solche einige wenige Zeitungartikel betrachten will, die obendrein nicht den taufendsten Teil der öffentlichen Aufmerksamkeit auf sich zogen, mit der die zahllosen Artikel und Nachrichten über den Döroulde-Stummel und das Duell Döroulde-Buffet verflochten wurden. . . . Desgleichen wurde die so bedeutsame, mit dem ganzen Getreidegoll-System herb abrechnende Senatsdebatte in allen Zeitungen mit wenigen Zeilen abgethan; der französische Leser auch aus dem unter dem Brotwucher am meisten leidenden Volksschichten ist eben nicht — oder vielleicht noch nicht — zu einem Interesse für so „langweilige“, gar nicht sensationelle Dinge, wie Getreideausfuhr-Prämien, errogen.

Der Maueranschlag der Rede des Finanzministers ist daher nicht bloß eine antiagrarische Kundgebung. Er soll zugleich zur Aufklärung der agrarisch-verführten Bauernschaft und der indifferenten Arbeiterschaft dienen. —

Deutsches Reich.

Protest gegen den Kornwucher.

Zahlreich besuchte Protestversammlungen werden gemeldet aus Lutzenwalde, Bruchmühle bei Reuenhagen, Zeig, Kobwein, Pymont.

Aus Köln wird uns berichtet:

Im Reichstags-Wahlkreis Köln-Land fanden am Sonnabend und Sonntag drei zahlreich besuchte Volksversammlungen gegen die geplante Erhöhung der Getreidegölle statt. Einstimmig protestierten die Versammlungen gegen den Brotwucher. Die Resolution ist dem Abgeordneten des Kreises, dem Centrumsmann Guldbecker Pingen zugefandt worden. Herr Pingen war schon acht Tage vorher zu den Versammlungen schriftlich eingeladen worden, und zwar mit dem Bemerkten, daß „von verschiedenen Seiten, besonders von einer großen Anzahl hervorragender Centrumswähler“, der Wunsch geäußert worden sei, den Abgeordneten des Kreises in den Versammlungen zu sehen, damit er sich über die Wünsche und Ansichten unterrichte und die Wähler über die Stellung ihrer Abgeordneten Aufklärung verschaffen. Herr Pingen schrieb zurück, sein Gesundheitszustand erlaube ihm nicht, zu erscheinen, er behalte sein Mandat auch nur deshalb noch bei, weil er seinem Wahlkreise „un-nötige Agitation und Wählerlei (i) sparen möchte“; nach Ablauf der Wahlperiode werde er ein Mandat nicht mehr annehmen. Der Getreidegollfrage werde „aus agitatorischen Zwecken“ eine übertriebene Bedeutung beigelegt. Er bitte um Uebersendung der Resolution nach Berlin, wohn er am 7. oder 8. März wieder reise. Aus der letzten Mitteilung geht hervor, daß Herr Pingen geschwindlich im Stande ist, wieder nach Berlin zu fahren und dort parlamentarisch thätig zu sein. Herr Pingen war also auch im Stande, eine oder zwei Stunden einer Versammlung beizuwohnen. Die Ablehnung der Einladung trägt alle Merkmale einer Ausflucht: Herr Pingen drückt sich, um nicht Farbe bekennen und das Urteil der Arbeiter über die volkstündliche Haltung des Kreises in der Gollfrage nicht hören zu müssen.

Ueber die Protestbewegung in Bayern wird uns geschrieben: In Schwabmühl hat am vergangenen Sonntag eine von etwa 1500 Personen besuchte Volksversammlung stattgefunden, welche nach einem Vortrage des Genossen Segig eine Protestresolution gegen die Getreidegölle beschloß. Sowohl der Vertreter des Wahlkreises, Centrums-Abgeordneter Holzappel, wie ein nationalliberaler Citizer für Erhöhung der Getreidegölle waren schriftlich eingeladen, aber nicht erschienen. Es ist charakteristisch, daß die Brotverteurer nicht den Mut haben, dem Volle gegenüber die Gollserhöhungen zu verteidigen. Am 5. März fand in der mittelfränkischen Kreisstadt Ansbach, dem Wohnsitz des Centrums-Abgeordneten Dr. Heim, des bekannten Draufgängers und thätigsten Vertreters hoher Getreidegölle, eine stark besuchte Versammlung statt, in der ebenfalls Genosse Segig referierte. Nach einem Bericht der „Frankfurter Tagespost“ war zwar Dr. Heim in dieser Versammlung anwesend, hat aber vor Schluß des Referats den Saal verlassen.

Von der Protestbewegung in Bayern ist der starke Besuch der Versammlungen, auch in mit landwirtschaftlicher Bevölkerung stark durchsetzten Wahlkreisen, besonders bemerkenswert. Erkennlich ist auch die zahlreiche Beteiligung der Frauen an diesen Versammlungen, nachdem den Frauen das Recht eingeräumt ist, an politischen Versammlungen teilzunehmen.

Die evangelischen Arbeitervereine Sachsens folgten letzten Sonntag folgenden Beschlüssen:

Die ordentliche Hauptversammlung des Landesverbandes evangelischer Arbeitervereine im Königreich Sachsen protestiert gegen die drohende Erhöhung der Getreidegölle. Dieselbe schließt in sich eine Verleuerung der notwendigen Lebensmittel und eine Erhöhung des Warenanstands mit andren Rationen. Das bedeutet für den Arbeiterstand: Verarmdung der Lebenshaltung und Vinderung der Arbeitsgelegenheit.

Wieder ein Rasseugrab.

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben: Schon wieder ein Rasseugrab! In der letzten Zeit hat der Bergbau wieder eine große Zahl Opfer gefordert. An dem Eingelsfalle, wo ein Bergmann tot oder tödlich verwundet von der Arbeitsstelle getragen wird, geht man fast achlos vorüber, die Häufigkeit stumpt ab. Nur die großen Katastrophen erregen für einige Tage die Gemüter. Die bürgerlichen Blätter überbieten sich dann in der Produktion sentimentaler Artikel. Lobend gedenkt man der braven Knappen, die in treuer Ausübung ihres Berufs vom Tode, vom Unglück überrascht wurden. „Tiefes Mitleid“ empfindet man mit den armen Hinterbliebenen und empfiehlt sie dem Wohlwollen — der Unternehmer. Hochbefriedigt von dem so behandelten Mitleid geht

man dann über zur Tagesordnung der Mitleidlichkeiten. Bis zur nächsten Katastrophe — und es wiederholt sich daselbe Spiel. Kaum taucht die Frage auf: war das Unglück unabwendbar?

Die Schlagwetterexplosion auf Schacht III der Zeche „Consolidation“ bei Sellenkirchen hat abermals große Opfer gefordert. 10 Tote und 10 Schwerverwundete holte man aus der Tiefe herauf. Von den Verwundeten sind mittlerweile noch mehrere gestorben. Welche Unsumme von Not,ummer und Gled.

Den Toten ist nicht mehr zu helfen. Unster Sorge gilt den Lebenden, für welche ebenfalls die Gefahr der Vernichtung droht. Und da fragen wir, kann der Gefahr vorgebeugt werden? War das Unglück, welches sich jetzt wieder ereignet hat, unabwendbar? Nein, sagen wir, dies wie die meisten Massenunglücke konnten vermieden werden.

Aus sachverständigen Kreisen ist schon wiederholt darauf hingewiesen, daß das Schwergewicht der Unfallverhütung auf Verbesserung der Wetterung gelegt werden muß. Das hat sich nun auch wieder bei der Katastrophe auf „Consolidation“ gezeigt. Die beteiligten Arbeiter sind aus Furcht wirtschaftlicher Schädigung sehr zurückhaltend bei den Mitteilungen über die Unfallursache. Doch, was wir erfahren, genügt zur Begründung unserer Behauptung. Die Verfehlungsanlage ist auf genannter Grube in guter Ordnung. Dagegen ließ die Wetterung viel zu wünschen übrig, sie reichte nicht aus, um alle Betriebspunkte genügend mit frischen Wettern zu versorgen. Hierzu kam noch ein Verstoß gegen die bergpolizeilichen Vorschriften! Die durch Steinfall entstandenen Hohlräume hat man vielfach nicht wieder ausgefüllt, sondern nur mit einer Bretterverschalung abgeschlossen. In den Hohlräumen sammelten sich die Gase. Angeblich ist ein Maschinenwärter mit brennender, offener Lampe einem solchen Hohlraum zu nahe gekommen und das Unglück war da.

Die Katastrophe wäre nicht eingetreten, wenn die Hohlräume vorschriftsmäßig ausgefüllt worden wären und wenn, was die Hauptsache ist, die Wetterführung genügend funktioniert hätte.

Die weitere Frage ist, wie ist es möglich, daß solche Unglücksursachen vorhanden sein können? Weil die Grubenkontrolle nicht ausreicht. Herr Hilbe hat als Sachverständiger vor Gericht erklärt, daß der Betriebsführer als verantwortlicher Leiter, selbst unter normalen Verhältnissen nicht in der Lage sei, alle bergpolizeilichen Vorschriften zu beachten, resp. deren Befolgung zu überwachen; er müßte sich auf den Steiger verlassen. Die Hauptfrage der Steiger ist aber, möglichst hohe Produktionsziffern zu erreichen. Das ist für ihn Existenzfrage. Von ihm und von dem Arbeiter, der sein Quantum schaffen muß, wenn er nicht mit schmaler Lohndüte nach Hause wandern will, wird die Beachtung der Vorschriften vielfach als Hemmnis zur Erreichung ihrer Ziele empfunden. Der Einzelne als Belämpfer solcher Verhältnisse ist machtlos. Notwendig ist eine regelmäßige, sachverständige Kontrolle, die ausgeübt wird von unabhängigen Controlleuren. Es müssen dies Leute sein, die neben praktischer Erfahrung auch das unbeschränkte Vertrauen der Arbeiter besitzen.

Auch das neue Unglück auf „Consolidation“ zeigt wieder die Notwendigkeit der Anstellung von Grubencontrolleuren aus den Reihen der praktisch gebildeten Arbeiter.

Wird man endlich dieser berechtigten Forderung Rechnung tragen oder sollen weiter zahllose Opfer fallen?

Ein Telegramm aus Essen vom Dienstagnachmittag meldet, daß von den Verletzten wiederum drei ihren Wunden erlegen sind. Die Gesamtzahl der Toten beträgt jetzt 19. —

Zwei Wahlsprüche.

Der Prinzregent von Bayern sprach nach einer Meldung der „A. Abendztg.“ den sämtlichen Staatsministern sein unbegrenztes und unandelbares Vertrauen aus. Außerdem schenkte er jedem einzelnen Minister sein Bildnis mit der eigenhändigen Unterschrift: „Salus publica summa lex est.“ (Das öffentliche Wohl ist das höchste Gesetz.)

In das Goldene Buch der Stadt München schrieb einst der deutsche Kaiser den Spruch: „Regis voluntas suprema lex.“ (Des Königs Wille ist das oberste Gesetz.) —

Socialdemokratie und Attentate. Die „Konservative Korrespondenz“ hat einen neuen Grund entdeckt, warum die Socialdemokratie für den Bremer Zwischenfall verantwortlich zu machen sei. Die Socialdemokratie sei nämlich für die Republik. Mit förmlicher Feierlichkeit fordert die Rührkammer der gutgesinnten Presse uns auf:

„Die Socialdemokratie gebe doch einmal klipp und klar auf die in offener Reichstags ihr vorgelegte aber nicht beantwortete Frage Auskunft, ob der von Bebel gemachte Anspruch, die Socialdemokratie erstreckt in politischer Hinsicht den Republikanismus, in religiöser den Atheismus und in sozialer den Kommunismus, seine Geltung mehr habe. Sie ist nicht im Stande, diesen Anspruch zu verweigern, darum sucht sie heuchlerisch darüber hinwegzutäuschen.“

Die „Korr.“ gebe doch einmal klipp und klar auf die Anfrage Antwort, wo und wann die Socialdemokratie jemals darüber heuchlerisch hinwegzutäuschen gesucht habe, daß wir die Republik und den Kommunismus erstreben; das sind ja Grundforderungen unsres Programms, die zu verweigern kein Socialdemokrat jemals Anlaß hatte und haben wird; nur in der religiösen Frage hat Bebel mit jener Äußerung eine Privatansicht nicht einen parteiprogrammatischen Sach ausgesprochen.

Also die Socialdemokratie täuscht nicht darüber weg, sondern bekennt offen, daß sie für das republikanische Ideal eintritt. Das ist sicher. Oder glaubt die „Korr.“, daß irgend ein Socialdemokrat ein Attentat für ein Mittel hält, die Republik herbeizuführen?

Wäre nicht glauben Monarchisten, daß man durch einen gegen den Präsidenten gerichteten Dolchschlag eine Republik in eine Monarchie verwandeln könne. Socialdemokraten aber huldigen solchem Irwahn nicht!

Wilhelm II. und Frhr. v. Stumm. Warum der Kaiser vor 17 Jahren plötzlich den vertrauten Umgang mit dem Frhr. v. Stumm abgebrochen hat, glaubt die „A. B. W.“ erzählen zu können. Man sage, daß sich der Kaiser durch eine ihm missfallende Äußerung des Herrn v. Stumm verletzt gefühlt und dann, wie auch in andren Fällen, den jahrelangen Verkehr plötzlich abgebrochen habe.

An die Oberbergämter ist, wie die „Berl. Polit. Nachrichten“ mitteilen, seitens des zuständigen Ministeriums ein Erlaß zum Schutz der einheimischen Bergarbeiter gegen die Einschleppung der Wurmkrantheit ergangen. Des weiteren hat der Minister für Handel und Gewerbe an die königlichen Oberbergämter einen Erlaß gerichtet, welche das Einschleppen gegen etwaige Tierqualereien in Bergwerken behandeln.

Köln, 12. März. Die in dem Prozeß Daback-Saubrich von letztem eingelegte Revision gegen das Urteil, durch welches er zu 1500 M. Geldstrafe verurteilt worden war, wurde heute vom hiesigen Ober-Landesgericht kostenfällig abgewiesen. —

Beiträge zur Agitation der Konservativen in Ostpreußen hat, wie uns aus Königsberg i. Pr. geschrieben wird, die „Z. B. W.“ gebracht. Sie teilt mit, daß der Delegierte des ostpreussischen konservativen Vereins für den Kreis Ortelsburg, v. Rönne, in der nachdrücklichsten Weise für das

konservative Hauptorgan in Ostpreußen, die „Ostpr. Ztg.“ agitiert. Herr v. Rönne ist Landrat in Ortelsburg. Die „Ostpr. Ztg.“, die extrem agrarisch ist, wird von ihm in einem Circular als „notwendiges und wesentliches Kampfmittel bei den bevorstehenden wirtschaftlichen Erörterungen“ bezeichnet. Vor einiger Zeit hat Herr v. Rönne einen konservativen Verein in der Art zu Stande gebracht, indem er an Beamte, Lehrer etc. ein Schreiben verschickte, unter Beifügung eines adressierten und frankierten Briefumschlags, in welchem aufgefordert wurde, eine vorgedruckte Beitrittserklärung zu unterschreiben und mindestens 50 Pf. Beitrag im Jahr zu leisten.

Von der Königsberger „Horizontischen Zeitung“ werden diese Mitteilungen durch Angaben ergänzt, wie von anderer Seite für die an Abonnenten sehr nothleidende „Ostpr. Ztg.“ gewirkt wird. Danach haben die Abonnentensammler für das Blatt sich in der Provinz ganz unversichert auf das Landratsamt bezogen. Ferner hat ein hoher Beamter an die ihm unterstellten Behörden ein Circular erlassen, worin er ersucht, in der „Ostpr. Ztg.“ zu inserieren, trotzdem das Blatt von allen dabei in Betracht kommenden Blättern notorisch die geringste Leserschaft hat.

Der Wert offizieller Dementis. Aus München wird uns vom 10. März geschrieben: Daß man auch den feierlichsten amtlichen Dementis nicht trauen darf, wurde in Bayern auf das schlagendste bewiesen. Die „Münchener Post“ brachte auf Grund zuverlässiger Informationen vor mehreren Wochen die Nachricht, der Ministerpräsident v. Crailsheim sollte aus Anlaß der Märzfestlichkeiten in den Grafenstand erhoben werden. Diese Mitteilung wurde in der bekannten Manier von der offiziellen Presse mit ungeheurer Wichtigkeit als total erfunden bezeichnet. Aus der gestern publizierten Liste der vom Regenten verliehenen Titel und Orden geht aber hervor, daß die socialdemokratische Zeitung eben doch richtiger informiert war als die offiziellen Preßblätter. Herr v. Crailsheim ist wirklich Graf geworden, während seine fünf Ministerkollegen ebenso leer ausgingen, wie die gesamte offizielle Presse. Jergendwelche politische Bedeutung ist keiner der verzeichneten Auszeichnungen beizumessen.

Begnädigung eines Polizisten. Wegen einer im Dienste beangeneigten schweren Körperverletzung wurde vor einiger Zeit der Polizeiergeant Nisch in Thorn von der dortigen Strafkommission zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Auf ein Begnadigungsgeheiß an den Kaiser hat der Monarch diese Strafe in eine Geldbuße von 100 M. umgewandelt, die der Beamte sofort bezahlt hat. Befremdlich klingt es, daß zur Zahlung der Summe eine Frist von 8 Tagen gestellt worden sein soll.

Um die elsässische Kaiserburg. Aus Strahburg wird uns geschrieben:

Die große Mehrheit, mit der der Landesausschuß für Elsaß-Lothringen kürzlich den Dreiviertelmillionen-Kredit für die Hohenzollernsburg votierte, hat allen denjenigen, die über die ursprünglichen Anschauungen der reichsländischen Volksvertreter in dieser Sache orientiert waren, nicht wenig überrascht. Ueber die Ursachen dieser plötzlichen und so ganz unerwarteten Wandlung in den Herzen unster Landesausschuß-Mitglieder plaudert der Abg. Weiler in seinem „Elsäß Kurier“ jetzt das Folgende aus:

„Es wären Sünde zu schreiben über den parlamentarischen Sturm um die alte Burg. Man kann ein eigentliches Bild von dem Vorgang nur gewinnen, wenn man weiß, was in den Coullissen vorging. Wollte man in der Presse die drastischen Aussprüche der verehrlichen Herren Abgeordneten citieren, die sie sich erlaubten, als die Forderung aufschwante, wollte man die bitteren Worte einander reihen, die man aus ihrem Munde zu hören bekam, noch am Morgen des letzten Donnerstag, noch wenige Minuten vor der Sitzung, es gäbe ein geradezu trostloses Bild von einer Versammlung, die sich „elsäß-lothringische Volksvertretung“ nennt.

Man hatte die Abgeordneten in die für sie harte Zwangslage verlegt, zwischen Volk und Regierung, zwischen Pflicht und Liebedienerei zu entscheiden. Man hatte ihnen eine Pflicht der Loyalität daraus gemacht, die 700 000 M. zu bewilligen. Man hatte die Verweigerung fast zu einer Majestätsbeleidigung gestempelt. Man hatte von einem Rücktritt des Statthalters, einer Minister-Exil in Strahburg, einer Auflösung des Landes, ausjuss und der Bezirkslage gesprochen und andererseits mit der Aufhebung der Diktatur gewunken. Die unabhängigen Abgeordneten nannten mit Namen in Freundeskreisen den oder die Ministerialräte, die ihnen zugeredet, die regierungs-treuen Abgeordneten, die sie mit Vorstellungen bestärkt hatten. Der Name des oberelsässischen Abgeordneten, der die Vogel-scheuche der Regierungskritik auf der Stange herumtrug, um kleine Kinder zu erschrecken, wurde in der Presse deutlich genug bezeichnet.“

Das Danktelegramm des kaiserlichen Burgbesizers an seinen Statthalter hat also eine nicht uninteressante parlamentarische Vorgeschichte.

Chronik der Majestätsbeleidigungen. Er wollte ein warmes Nachhager haben, er wollte nicht länger draußen nächtigen — aber er wollte auch kein Lump werden. Er sah kein andres Mittel, sein Ziel zu kommen, daher begab er sich am Abend des 11. Januar etc. zu einem Schynmann und stieß eine — Majestätsbeleidigung aus. Wegen dieses Vorfalls hatte sich am Donnerstag der Arbeiter Johann der Lohse vor der Eisener Stroßkammer zu verantworten. Das Gericht nahm an, der Angeklagte sei betrunken gewesen und erkannte auf 8 Monat Gefängnis.

Von Anstrengungen der hohen Bank, die ihr vom Amtsgericht weggenommenen Zügel der Grundschuldbank wieder in die Hand zu kriegen, wird mancherlei berichtet. Man versucht einen bequemen Gläubigerauschuh der Versammlung am 27. d. Mts. zu präsentieren; ferner erbietet sich jetzt die Darmstädter Bank zur freundlichen Hilfeleistung, die vor einem Vierteljahr von allen Banken abgelehnt wurde, weil man von vornherein darauf ausging, die Hypothekendarf auf Kosten der Grundschuldbank zu sanieren. Die Gläubiger der Grundschuldbank mühten rechte Eisel sein, wenn sie jetzt nicht Hand in Hand mit dem gerichtlichen Verwalter die „Hülfe“ der Banken strikt ablehnten und ganz allein die Regre-anprüche gegen die Hypothekendarf und die Erben des Baron Cohn betreiben. Sie haben dann begründete Aussicht, den weitaus größten Teil ihres Geldes zu bekommen.

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Wien, 12. März. Abgeordnetenhause. Nach Erledigung von Formalien geht das Haus zur Tagesordnung über und legt die zweite Lesung der Rekrutenkontingent-Vorlage fort. **Dachyust** (Soc.) spricht gegen die Vorlage, erwähnt hierbei unter anderem die Beteiligung Oestreich-Ungarns an der Expedition nach China und meint, Oestreich-Ungarn befände sich eigentlich im Kriegszustande, ohne daß der Reichsrat hieron in Kenntnis gesetzt sei.

Holland.

Niederlage des Kriegsministers.

Saag, 12. März. Die zweite Kammer nahm in ihrer heutigen Sitzung einen Zusatzantrag zum Heeresgesetz-Entwurf an, wonach die erste Dienstzeit in der Infanterie auf höchstens 8 1/2, und in der Kavallerie auf 18 Monate festgesetzt wird. Der Kriegsminister hatte ein Maximum von 12 Monaten für die Infanterie und 18 Monaten für die Kavallerie verlangt. Wie das „Neuterliche Bureau“ erfährt, wird infolge dieses Beschlusses der Kammer der Kriegsminister seine Entlassung einreichen. Eine Kabinettsliste wird, wie man allgemein glaubt, das Datum nicht zur Folge haben.

England.

London, 11. März, nachts. Unterhaus. Bei der fortgesetzten Beratung des Heeresbudgets lenkte Douglas die Aufmerksamkeit auf die Angelegenheit des Generals Colville, der von dem Oberbefehl in Gibraltar insolge seines Verhaltens bei Samar Post und Lindley in Süd-Afrika abberufen wurde, und beantragte eine neue Untersuchung. Kriegsminister Brodrick bekämpfte den Antrag und spricht sich scharf über die Haltung Colvilles bei Samar Post aus, wo er geduldet habe, daß der Feind Gefühle eroberte; ferner warf er ihm vor, daß er die Promanry in Lindley nicht befreit habe. Lord Roberts habe berichtet, daß General Colville bei zwei Gelegenheiten Mangel an Unternehmung und Urteilskraft gezeigt habe; er stimme dem bei, daß Colville abberufen werde. Hierauf wurde die Debatte vertagt.

Spanien.

Madrid, 11. März. Bei den Wahlen zu den Generalräten der Provinzen wurden gewählt 232 Liberale, 191 Konservative, 20 Anhänger Gomazos, 10 Anhänger Romero Robledos, 17 Anhänger des Herzogs von Tetuan, 5 Karlisten, 28 Republikaner, 3 Mitglieder der liberalen Union, 5 Mitglieder der nationalen Union, 11 Unabhängige; die Parteistellung von 8 Gewählten ist zweifelhaft.

Bei den in der letzten Nacht in Maulieu stattgehabten Außerungen wurden 14 Personen, meist Gendarmen, verlegt.

Madrid, 12. März. In Ripoll in der Provinz Gerona kam es gestern zu einem ersten Zusammenstoß zwischen der Gendarmen- und Volkshaupten, welche Arbeit und Brot verlangten. Einer der Hauptkämpfer wurde getötet, drei andre wurden verwundet.

Rußland.

Erste Studentenerhebung.

Moskau, 12. März. Unter der Studentenschaft gärt es gewaltig. 600 Studenten hielten am vergangenen Sonntag auf dem Vorhof der Universität und in den Straßen stürmische Protestversammlungen ab, in denen sie die Freilassung der widerrechtlich unter das Militär gestellten Kommissionen verlangten und einen Aufruf vertheilten, der die Bevölkerung zur Unterstützung ihrer Forderungen auffordert. Gegen 1 Uhr mittags rückten Gendarmen und Kosaken heran, sperrten die Straßen ab und verhafteten 500 Studenten. Auch die Artillerie erhielt den Befehl zum Ausrücken. Gegen Abend versammelten sich wiederum 1200 Studenten, die der Anforderung, sich zu zerstreuen, kein Gehör leisteten und erklärten, lieber sterben zu wollen, als Unrecht und Vergewaltigung zu ertragen. Auch in Petersburg, Kiew und Charkow treten die Symptome einer Gärung ersten Charakters zu Tage.

Der Boeren-Krieg.

Von De Wet und Botha.

Laurengo-Marques, 11. März. (Meldung des „Neuterlichen Bureau“.) Botha ist vollständig bereit, sich zu ergeben und verlangt einen Waffenstillstand, um mit De Wet in Verbindung zu treten. Man glaubt, daß Botha auch in dem Falle sich ergeben werde, wenn De Wet dies nicht thun würde. — Die Eisenbahn zwischen Laurengo-Marques und Pretoria ist frei von Boeren. Da letztere keine Munition für ihre Artillerie haben, vergraben sie nicht nur ihre schweren Geschütze, sondern auch die Pompos- und Maximgeschütze.

London, 12. März. Eine Depesche Ritzeners aus Pretoria vom heutigen Tage meldet: De Wet befindet sich nördlich von Brandfont. Fortwährende Regenflüsse hemmten die Bewegungen der englischen Truppen. Goringe, DeLisle, Grenfell und Henuiter verfolgen in der Kapkolonie zwei Abteilungen der Boeren.

Die Pest.

Kapstadt, 11. März. Die Pest nimmt eine gefährliche Ausdehnung. Heute sind 15 Neu-Erkrankungen gemeldet worden, 97 Personen stehen unter Beobachtung. Die Krankheit ergreift jetzt auch die wohlhabenderen Bevölkerungsschichten. Ein Europäer und seine Familie wurden nach dem Hospital geschafft, es haben aber noch mehr Erkrankungen unter den Europäern stattgefunden.

Parlamentarisches.

Der Etat des Reichs-Versicherungsamts

in der Budgetkommission kam am Dienstag zur Verhandlung.

Seitens des Freiherrn v. Hertling (C.) war der Antrag gestellt worden, den Reichsanzler zu ersuchen, für die Senats-Vorsitzenden beim Reichs-Versicherungsamts den Rang der Räte dritter Klasse zu erwirken, und der nationalliberale Abg. Hoffmann verlangte, daß das Gehalt der Senatspräsidenten erhöht werde. Auf diese Anträge erklärte sich der Abg. Singer (Soc.), indem er darauf hinwies, daß im Interesse der Arbeiter die Stellung des Reichs-Versicherungsamts in jeder Beziehung gehoben werden müsse. Das richtige sei, das Reichs-Versicherungsamts ganz von dem Einfluß des Reichsamts des Innern freizumachen. Von diesem Gesichtspunkt sei auch zu verlangen, daß die Richter im Reichs-Versicherungsamts in jeder Hinsicht ebenso gestellt seien, wie an andern Gerichten, damit auch tüchtige Kräfte für das Reichs-Versicherungsamts gewonnen werden könnten. Dem Abg. Hoffmann ging diese Konsequenz aus seinem eignen Antrag zu weit und infolge dessen zog er seine Resolution zurück. Die Resolution des Abg. Frhr. v. Hertling wurde jedoch angenommen.

Von dem Abg. Hoch (Soc.) wird die Stellung des Geheimen Regierungsraths Prof. Hartmann im Reichs-Versicherungsamts beantragt. Dieser Herr, welcher der Vorsteher der technischen Abteilung im Reichs-Versicherungsamts ist, wird auch zu den Spruch-sitzungen herangezogen und dadurch so sehr in Anspruch genommen, daß er sich seinen wichtigen Aufgaben nicht genügend widmen kann. Kamentlich sei es bedauerlich, daß Prof. Dr. Hartmann nicht in der Lage sei, in genügendem Maße nützliche Einrichtungen in den Fabriken in Augenschein zu nehmen. Auch von den Abgeordneten der verschiedenen anderen Parteien wurde es als ein Mangel erklärt, daß nicht genug technische Kräfte im Reichs-Versicherungsamts vorhanden seien. Abg. Koesjke stellte daher den Antrag, daß bei Neuernennungen von ständigen Mitgliedern des Reichs-Versicherungsamts auch Techniker berücksichtigt werden sollten. Nachdem aber der Staatssekretär des Innern, Graf Posa-dowsky versprochen hatte, vorkommendenfalls dem Wunsch möglichst gerecht zu werden, zog Herr Koesjke seine Resolution zurück.

Bei dem Titel „Gehalt für die nichtständigen Mitglieder des Reichs-Versicherungsamts“ geht Abg. Singer auf die Ernennung der beiden durch das neue Unfallversicherungsgesetz vorgedriehenen weiteren nichtständigen Mitglieder des Reichs-Versicherungsamts ein. Ein dieser neu ernannten Mitglieder, der Geheimen Ober-Regierungsrat Bruner, sei im Reichsamts des Innern beschäftigt. Diese Ernennung verstoße gegen die Erklärungen, welche die Regierung sowohl in den Motiven zum Unfallversicherungsgesetzentwurf als auch in der Unfallversicherungskommission abgegeben hätte, denn nach diesen Erklärungen sollten die neuen Beamten aus Ministerien eines Bundesstaats speciel Prehens entnommen werden. Davon aber, daß durch das neue Mitglied des Reichs-Versicherungsamts der Einfluß des Reichsamts des Innern in so direkter Weise gestärkt werde, war gar nicht die Rede; im Gegenteil, eine solche Zustimmung war von den Regierungsvorstehern für durchaus unbegründet erklärt worden. Außerdem wies Abg. Singer darauf hin, daß der Geh. Ober-Regierungsrat Bruner der Verfasser der berühmten „Zuchthaus-benckhoff“ sei und daß das andre neu ernannte nichtständige Mitglied des Reichs-Versicherungsamts Dr. Hoffmann jene Artikel

bezüglich der Krankenversicherung veranlaßt habe, in weichen nichts weniger als die Entziehung der Arbeiter in den Kranken-lassen verlangt werde. Daß gerade diese beiden Herren von dem Bundesrat gewählt worden seien, beweise am besten die Stellung des Bundesrats zum Reichs-Versicherungsamts. Er beantragt daher, daß das Gehalt der beiden neuernannten nichtständigen Mitglieder getrichen werde und fordert in einer Resolution, daß für die Besetzung dieser Stellen nicht Juristen, sondern Nationalökonomien in Aussicht genommen werden. Abg. Dr. Hise (C.) bestätigt die Ausführungen des Abg. Singer bezüglich der Erklärungen der Regierungsvorsteher in der Unfallversicherungskommission.

Trotzdem wurde der Antrag Singer mit allen gegen die socialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

Hierauf wandte sich die Beratung den einmaligen Ausgaben in dem Etat des Reichsamts des Innern zu. Hierbei wurde eine Forderung von 42 000 M. für zwei Flaggenschiffe an Nationaldenkmal auf dem Niederwald dem Antrag des Abg. Singer entsprechend abgelehnt.

Als Unterstützung für die Herausgabe von Veröffentlichungen auf dem Gebiete des Erziehungs- und Schulwesens wurden 30 000 M. verlangt. Abg. Singer beantragte, die Summe auf 50 000 M. zu erhöhen und unter die dauernden Ausgaben zu stellen. Die geforderte Summe von 30 000 M. genüge durchaus nicht und für die Veranfaller dieses überaus segensreichen Unternehmens erscheine es notwendig, die Unterstützung als dauernde zu erhalten, damit sie langfristige Verträge mit den Verlegern usw. abschließen könnten. Dieser Antrag fand allgemeine Zustimmung bei allen Parteien und wurde einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Partei-Nachrichten.

Die Kreisconferenz für den Wahlkreis Greifswald-Grimmen beschloß, für die bevorstehende Reichstags-Wahlwahl den Genossen Knappe, Tischlermeister in Stettin, als Kandidaten der Socialdemokratie aufzustellen.

Totenliste der Partei. In Burkhardtshof bei Chemnitz starb der Parteigenosse Eduard Streubel, ein braver, tüchtiger Kämpfer, der die Partei durch 14 Jahre im Gemeinderat des Orts vertrat.

Die Genossen in Weißwasser (O.-L.) beklagen den Tod des Genossen Josef Lokwenz, der besonders im Verbands der Glasarbeiter eine eifrige Thätigkeit entfaltete.

Beide Verstorbene haben sich ein gutes Andenken im Herzen ihrer Freunde geschaffen.

In schlimmem Verdacht. Wir lesen in der „Frankf. Ztg.“: „Dem socialdemokratischen Landtags-Abgeordneten Wilh. Opificius, der seit zehn Jahren an der Spitze des Lebensmittel-Bedarfnisvereins in Pforzheim gestanden, wurde nach seinem kürzlich erfolgten Rücktritt von diesem Posten der Vorwurf gemacht, daß sich während seiner Aufsichtsführung ein Deficit von 9000 M. ergeben habe. Thatsächlich bestand eine solche Differenz zwischen dem Soll in den Büchern und dem Effectivbestand. Auf Verlangen des Abg. Opificius und, als er dann schwer erkrankte, auf Beharren seiner Angehörigen wurde von zwei Sachverständigen eine gründliche Prüfung der Bücher vorgenommen, bei der sich herausstellte, daß die Abweichung des Buchsaldo von der Wirklichkeit auf eine Reihe grober Fehler in der Buchführung zurückzuführen ist. Opificius ist damit von dem entehrenden Verdacht, den man schon mehrfach hatte laut werden hören, befreit. Es hat sich wieder einmal gezeigt, daß Unternehmungen von dem Umfang des Lebensmittel-Bedarfnisvereins unter geschulter kaufmännischer Verwaltung stehen müssen, wenn sie richtig geleitet sein sollen. Statt dessen war der Verwalter ein ehemaliger Goldarbeiter, über dessen Geschäftsführung wiederum Goldschmiede und andre Richtschmämmer die Kontrolle zu üben hatten.“

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Durch Verbreitung von Flugblättern** sollten 7 Genossen im Bezirk des Amtsgerichts Lützen in Schleßen eine Verordnung des Oberpräsidenten von Schlesien über die Feilhaltung des Sonntags verletzt haben. Vom Schöffengericht waren sie dafür mit je 1 M. Geldstrafe belegt worden. Das Berufungsgericht sprach sie frei, weil es in ihrer Thätigkeit keine Arbeit im Sinne der Verordnung erblicken konnte.

— **In 300 M. Geldstrafe** wurde Genosse Herbert in Stettin als Redacteur des „Vollsboden“ verurteilt. Er hat einem Stadtverordneten, der als Vorsitzender der Finanzkommission von Grundstückskaufabsichten der Stadt Kenntnis erlangte und dies dazu benutzte, bei dem dann zu Stande gekommenen Kaufe von dem Verkäufer eine Provision zu erlangen, schwere Vorwürfe gemacht, die als Beleidigung aufgefaßt wurden. An den Thatfachen war nicht zu rütteln, die Beleidigung wurde aber in der Form gefunden.

— **Vom Militärverbot.** Der verantwortliche Redacteur der „Schwäbischen Tagwacht“, Genosse Hertlein in Stuttgart, soll den Oberamtman Minst und den Schultheiß Pfingfelder von Wödingen beleidigt haben durch den Vorwurf, daß sie einen Wirt, der seinen Saal zu socialdemokratischen Versammlungen hergab, mit dem Militärverbot bedroht und dadurch ihre Amtsgewalt mißbraucht hätten. Er wurde zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Aus der Verhandlung seien einige interessante und charakteristische Zeugenaussagen mitgeteilt. Es sagte Schultheiß Pfingfelder von Wödingen: „Ich soigte dem Lammwirt damals, ich finde es nicht richtig, daß er sein Lokal zu socialdemokratischen Versammlungen hergibt, da bei ihm die bürgerlichen Kollegen und Offiziere verkehren und das nicht gut zusammenpasse. Ich kann mich nicht erinnern, aber auch nicht bestreiten, daß ich früher zu dem Lammwirt sagte, daß an andern Orten solche Wirtshäuser erhalten haben. Aber das kann ich bestimmt bestreiten, daß ich so unglücklich gewesen wäre, ihm vor der fraglichen letzten Versammlung damit zu drohen. Ich habe nur den Lammwirt in seinem eignen Interesse darauf aufmerksam gemacht.“

Zeuge Amtsdienerr Frei von Pfingfelden: Es wurden in Pfingfelden Getheil herangetragen, auf denen stand: Wählerversammlung im Lokal „Zur Krone“. Ich melde es dem Schultheißen und erhielt von diesem die Antwort: Wenn regelmäßig in der Krone socialdemokratische Versammlungen stattfinden, so könnte der Wirt Militärverbot erhalten. Ich teilte dies letzterem mit.

Zeuge Oberamtman Minst: Im Jahre 1892 sandte ich einen besonderen Erlaß an die Ortsvorsteher hinaus, worin ich Verträge über die Socialdemokratie einforderte und darauf hinwies, daß Soldaten in solchen Lokalen nicht verkehren dürfen. Das geschah auf Ersuchen der Militärbehörde, die nicht direkte Befehle an Ortsvorsteher erteilen kann. Einlaufende Berichte der Ortsvorsteher legte ich nur der Militärbehörde vor. Das Verbot des Besuchs von Wirtschaften socialdemokratischen Charakters durch Soldaten ist ganz Sache der Militärbehörde, und ich habe keine Anträge an diese zu stellen. Im übrigen sorge ich den bestehenden Gesetzen gemäß für die Freiheit der Wahlen.

Zeuge Oberbürgermeister Hartenstein von Ludwigsburg teilte von dem 1892er Erlaß nichts, da er damals noch nicht im Amt war. Es ist aber offenes Geheimnis in Ludwigsburg, daß die Militärbehörde Verbote zu erlassen pflegt, sobald sie durch Annoncen in der „Tagwacht“ von Versammlungen Kenntnis erhält. Das weiß jeder Wirt.

Zeuge Renner, früher Oheimwirt in Jüssenhausen: Ich erhielt im Jahre 1897 Militärverbot wegen einer Vorlesung, die ein Schauspieler aus Frankfurt bei mir über „Die Weber“ hielt. Schultheiß und Gemeinderat besichtigten später dessen Aufführung, die aber von der Militärbehörde verweigert wurde, weil sie vom Oberamt nicht beauftragt wurde. Uebliche Auslagen wurden noch mehrfach gemacht. Wenn Hertlein trotzdem verurteilt wurde, so kann er sich mit dem Reichsamt trösten, daß einmal vor Gericht aufgedeckt wurde, wie es gemacht wird.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Töpfer! Der Vorstand ist wiederholt ersucht worden, die Bestimmung aufzuheben, nach welcher vor dem 1. April auf den Bauten bei unversicherten Fenstern nicht gearbeitet werden darf. In Anbetracht des langen Winters verbunden mit der Arbeitslosigkeit ist der Vorstand zu dem Entschluß gekommen, den Kollegen in einer Versammlung aufzugeben, hierzu Stellung zu nehmen. Die Versammlung findet am Freitag, den 15. März, im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. (Siehe Annonce in der Donnerstagsnummer des „Vorwärts“.) Die Bezirksversammlung für Steglitz fällt an dem Tage aus. Der Vorstand der Zirkale Berlin der Central-Verbands der Töpfer.

Die Herren-Maschinisten hielten gestern wieder zwei Versammlungen für den Norden und Süden ab, in denen über die weiteren Maßnahmen bezüglich der Lohnbewegung beraten wurde. In beiden gut besuchten Versammlungen wurde folgende Resolution beschlossen:

Die Versammelten sind im Einverständnis mit dem Referenten der Ansicht, daß, um die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen in den kaufmännischen Geschäften zu verbessern, in eine Bewegung eingetreten werden muß. Die zünftige Organisation, der Verband deutscher Schneider, wird deshalb beauftragt, mit den in Frage kommenden Faktoren, dem Arbeitgeberverband der Herren-Maschinisten, sowie auch den einzelnen, diesem Verband nicht angehörenden Unternehmern in Verbindung zu treten, um Verhandlungen über eine einheitliche Regelung der Lohnverhältnisse einzuleiten. Die für die Verhandlungen in Betracht kommende Kollegenschaft verpflichtet sich ihrerseits durch Zusammenkünfte für die einzelnen Geschäfte sowie durch einen dauernden Anschluß an die Organisation den Geist der Zusammengehörigkeit mehr als bisher zu pflegen, da nur auf diese Weise ein Erfolg gesichert wird.

Der Verband der Gemeinde-Arbeiter und die Freie Vereinigung der städtischen Arbeiter Württembergs, welche ungefähr 500 Mitglieder in Stuttgart, Ehlingen, Cannstatt und Heilbronn besitzt, haben einen Kartellvertrag geschlossen. Nach den Bestimmungen desselben führt die Freie Vereinigung der städtischen Arbeiter Württembergs die „Gewerkschaft“, das Fachblatt des Gemeinde-Arbeiter-Verbands, obligatorisch für ihre Mitglieder ein. Außerdem haben sich die Kontrahenten verpflichtet, bei etwa vorkommenden größeren Streiks, Aussperrungen und Maßregelungen sich gegenseitig zu unterstützen.

Die schwarze Liste der Tischler-Zunft beschäftigte am 5. d. M. die Vertrauensmänner-Versammlung des Vereins der Tischler (Vertrauensmänner-Centralisation). Das Vorgehen der Unternehmern, welche noch vor wenigen Wochen auf „Ehrenwort“ versicherten, daß sie „Manns genug“ wären es öffentlich zu sagen, wenn sie schwarze Listen einführen wollten, fand die gebührende Charakterisierung.

Deutsches Reich.

Die Verbrüderung des Dresdener evangelischen Arbeitervereins mit den Tischler-Zünftervereinen hat bei den übrigen evangelischen Arbeitervereinen Sachsens keinen Anklang gefunden. Der sächsische Landesverband, der am letzten Sonntag seine diesjährige Hauptversammlung abhielt und 87 Vereine mit angeblich 14 500 Mitgliedern zählt, nahm sogar im Gegensatz zu dem Dresdener Bruderverein eine Resolution an, die ganz den „kerkerischen“ Raumansichten Geist atmet. In dieser Resolution wird verlangt: 1. Starke Berufsorganisationen der Arbeiterschaft sind dringend notwendig; 2. sie müssen unpolitisch und interkonfessionell sein; 3. Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine haben die Verpflichtung, falls sie einer derartigen Organisation angehören, in diesem Sinne auf sie einzuwirken; 4. jedenfalls kann die Zugehörigkeit zu irgend einer Berufsorganisation kein Grund sein für den Ausschluß aus einem evangelischen Arbeiterverein, es sei denn, daß diese Organisation sich ausdrücklich in Widerspruch setzt zu den Prinzipien der evangelischen Arbeitervereine.

Danach soll es also in Sachsen hinfort den evangelischen Arbeitervereinen unbenommen sein, in die centralorganisierten freien Gewerkschaften einzutreten. Ferner erklärte die Hauptversammlung, daß sie es auf das lebhafteste bedauern würde, wenn die nach Speyer einberufene Delegiertenversammlung des deutschen Gesamtverbands der evangelischen Arbeitervereine Pfarrer Rammann ausschließen würde.

In Mühlhausen (Thüringen) steht ein Ausstand der Formere bevor.

Tischlerstreik in Wolgast. Seit einigen Tagen befinden sich in Wolgast die Tischler im Ausstand. Zugang ist ferngehalten!

Die Tischler in Peine (Hannover) sind in den Streik eingetreten.

Aus Wöllingen a. Saar wird uns geschrieben: Auf dem hiesigen Köhlingischen Eisen- und Holzwerk ist unter den Arbeitern eine starke Unzufriedenheit vorhanden, da überhöht große Lohnfälligkeiten an dem letzten Zahltag erfolglos. Am Sonnabend blieben deshalb 400 Arbeiter dem Betriebe fern. Auf diese Mitteilung hin sind im ganzen Hüttenbereich Gendarmen stationiert, um, wie es heißt, Aufseherungen vorzubereiten. Sollten am Montag bei der Lohnzahlung an die übrige Arbeiterschaft gleichfalls Lohnfälligkeiten stattfinden, dann würde auch diese sich dem Ausstand anschließen. Bei den Tagelöhnern soll der Zugang bis zu 50 Pfennig pro Tag betragen, während den übrigen Arbeitern der Lohn um entsprechend höhere Beträge gekürzt wurde. Einige Arbeiter sind bereits entlassen, und giebt jetzt die Werkverwaltung bekannt, daß wenn die Arbeiter nicht bis zum Mittwoch zurückkehren, das Werk vier Wochen stillstehen wird. Angeblich soll bei dem Mangel an Bestellungen an eine Ausführung der Drohung nicht zu zweifeln sein. Die Aussichten auf einen erfolgreichen Streik sind leider sehr gering, da es fast gänzlich an einer Organisation fehlt. Die einzige Organisation, die in Betracht kommt, ist der christliche Berg- und Hüttenarbeiter-Verband, es ist möglich, daß er eine Vermittlerrolle übernimmt.

Ausland.

Die Damenkonfektions-Schneider in Wien haben in allen Werkstätten die Arbeit eingestellt, wo die Forderungen für Tagelohn nicht bewilligt sind.

Von den Konfektionsarbeiterinnen Kopenhagens sind die in der Herrenkonfektion beschäftigten verhältnismäßig am besten gestellt. Sie sind im Herrenschneiderinnen-Verband gut organisiert und haben einen Accorntarif eingeführt, durch den der Ausbeutung eine Grenze gesetzt ist. Dagegen ist es mit den Verhältnissen in den anderen Branchen der Konfektion weniger gut bestellt. Zwar hat die große Agitation, die im Herbst vorigen Jahres entfaltet worden ist, Erfolg gehabt; doch sind die betreffenden Organisationen noch nicht so stark, um gründlich reguierend auf die Löhne einzuwirken zu können. Die große Arbeitslosigkeit in diesem Winter, die besonders die speziell männlichen Berufe trifft, hat dahin geführt, daß viele Frauen allein für den Unterhalt der Familien sorgen mußten, und dadurch wurde das Angebot von Arbeitskräften in der Konfektion natürlich vermehrt. Dadurch wurde trotz des guten Geschäftsganges der Lohnrückgang vor sich geleistet. Nun beginnen wiederum die organisierten Arbeiterinnen eine großartige Agitation zu entfalten. Dieser Tage finden in Kopenhagen nicht weniger als 12 teils große öffentliche Männerinnen-Versammlungen, teils Branchenversammlungen statt, um die Organisation zu kräftigen. Dann gilt es zunächst einmal in der Damenkonfektion und in der Wäsche- und Handschuhbranche einen Tarif durchzuführen.

Ueber die Arbeitslosigkeit und die Arbeitskonflikte in Schweden hat kürzlich das Landessekretariat der Gewerkschaften

Erhebungen angestellt. Daran haben sich 22 Gewerkschaften beteiligt. Diese haben insgesamt 48 000 Mitglieder, von denen 11 800 arbeitslos waren. Am größten ist die Arbeitslosigkeit unter den Maurern, Malern, Transportarbeitern, Schneidern, Schuhmachern, Sägemühlern und Holzarbeitern.

Die gegenwärtig andauernden, dem Landessekretariat gemeldeten Ausstände umfassen zusammen 1757 Arbeiter. Außer dem großen Streik der Steinhauer in Blekinge befinden sich auch noch die Tabalarbeiter in Gålle und die Maurer in Göteborg im Ausstand. Dazu kommen noch einige kleinere Konflikte. Da die Angaben einiger Organisationen über die Anzahl ihrer im Kampf stehenden Mitglieder noch ausstehen, so kann man die Zahl der gegenwärtig im Streik befindlichen Arbeiter in Schweden auf 2000 veranschlagen.

Demnach sind insgesamt ca. 14 000 Mitglieder der Landesorganisation außer Arbeit.

Der Tabalarbeiterstreik in Gålle dauert bereits 8 Monate, der Maurerstreik in Göteborg 7 Monate. An die Tabalarbeiter, Maurer und Steinhauer sind bis jetzt ca. 200 000 Kr. ausbezahlt worden. Rechnet man hierzu die Unterstützung für die übrigen Ausständigen, so ergibt sich, daß die gegenwärtig noch andauernden Streiks bereits 250 000 Kr. gekostet haben.

Hafenarbeiter-Ausstand in Marseille. Etwa fünfzig Arbeiter, die Dienstagvormittag von den „Messageries Maritimes“ angeheuert worden sind, arbeiten unter dem Schutze von Polizeibeamten und Gendarmen. Auch in einem Teile der Docks wird gearbeitet.

Versammlungen.

Die Lohnbewegung der Schuhmacher (Schuharbeiter) wurde am Montag in einer öffentlichen Versammlung beraten, welche im Friedrichsbadischen Kasino tagte. Der Andrang war so stark, daß das überfüllte Lokal polizeilich abgeperrt wurde. Zuerst hielt Reichstags-Abgeordneter Voss-Gotha einen Vortrag, in dem er, gestützt auf reichhaltiges statistisches Material, die Lage der Schuhmacher als eine überaus traurige schilderte und seine Zuhörer auf die Bedeutung der Organisation hinwies. — Hierauf erstattete Lankow den Bericht der Lohnkommission für Berlin und Umgegend: Einer Erhebung zufolge, die sich auf 90 bei Kleinmeistern und in Beschäftigten arbeitende Gesellen im Alter von 18 bis 47 Jahren erstreckt, beträgt die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit 11 Stunden, jedoch wurden namentlich des Sonnabends Ueberstunden gemacht, die sich bis 12 Uhr nachts ausdehnten. Der durchschnittliche Jahresverdienst betrug 780 M., das macht 15,41 M. pro Woche oder 23 Pf. pro Stunde. Für Journaturen mußten die Vertriebenen von ihrem Verdienst noch 60 Pf. pro Woche ausgeben. 29 von den Befragten waren zeitweise arbeitslos, sie erhielten deshalb einen durchschnittlichen Jahresverdienst von nur 890 M. — Die Lohnkommission hat einen spezialisierten Accorntarif ausgearbeitet, den der Redner der Versammlung vorlegte. Es wird eine Maximal-Arbeitszeit von zehn Stunden gefordert, und für Reparaturen, die im Tarif nicht aufgeführt sind, ein Stundenlohn von 25 Pf. — In der Debatte nahm als einer der ersten Redner Obermeister Siebach das Wort. Er bemerkte, so viel an ihm liege, werde er auf eine Verständigung der Zunft mit den Gehilfen wegen des Tarifs hinwirken. Eine Aufbesserung der Löhne liege im Interesse beider Teile. Sie sei möglich und durchführbar, wenn die Gesellen die Meister, welche die vereinbarten Löhne zahlen, gegenüber den Lohnrückgängern unterstützen und nicht unter dem Tarif arbeiten. — In ähnlichem Sinne sprach auch der zweite Obermeister Schumann. Wie weit die Zunft den Forderungen der Gesellen entgegenkommen werde, das konnten beide Obermeister, die nur für ihre Person sprachen, nicht sagen. Die nachfolgenden Redner äußerten starke Zweifel an dem Entgegenkommen und dem Einfluß der Zunft. Es wurde darauf erinnert, daß es die Zunft nicht vermocht habe, seiner Zeit den Forderungen der Friedrichsbadischen Schuhmacher Anerkennung zu verschaffen. Es gebe eine große Zahl von Zunftmeistern, die größere Betriebe haben und erst gute Geschäfte machen, trotzdem aber sehr niedrige Löhne zahlen. — Vangermann trat als Wortführer der Beschäftigten-Zuhörer auf. Er sprach auch von der Notwendigkeit einer Lohnaufbesserung, erklärte aber die im Tarif aufgestellte Forderung von 1,20 M. für Herrensohlen als zu hoch, daß die Beschäftigten dabei zu Grunde gehen müßten. Schuhmachermeister Ege bezeichnete den Tarif als durchaus nicht zu hoch. — Die weiteren Erörterungen richteten sich hauptsächlich für und gegen die Zunft sowie für und gegen die Beschäftigten. Die Ausführungen der Redner, sowohl der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber, nahmen manchmal einen etwas gereizten Ton an. Bis 1/2 Uhr nachts zog sich die lebhafteste Debatte hin. Dann wurde beschlossen, daß die Lohnkommission in Verbindung mit den Gesellenausschüssen wegen des Lohnarfs mit der Zunft in Unterhandlung treten und über das Resultat derselben einer späteren Versammlung Bericht zu erstatten ist. — Ferner wurde eine Resolution angenommen, die den ausständigen Jodrit-Schuhmachern die Sympathie und weitgehendste Unterstützung der Versammelten ausdrückt.

Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Herrenkonfektion und deren Verringerung verhandelte am Montag im Schützenhause eine Versammlung der in dieser Branche beschäftigten Personen. Der Referent Ritter schilderte eingehend die mannigfaltigen Schäden der Hausindustrie. Er verwies auf die überaus schlechten Lohnverhältnisse, welche die Arbeiter veranlassen, die Arbeitszeit immer mehr, oftmals bis in die späte Nacht, zu verlängern, und plädierte für den festen Zusammenschluß in der Organisation, um mit Hilfe derselben endlich die Einführung von Minimallöhnen und schließlich auch die Errichtung von Betriebswerkstätten zu erzielen. Im Gegensatz zu den Unternehmern, die sich nicht nur in Berlin sondern über ganz Deutschland zur Wahrung ihrer Interessen vereint haben, steht ein großer Teil der Konfektionsarbeiter ihrer Organisation noch fern, und ist es aus diesem Grunde noch nicht möglich gewesen, die miserablen Zustände zu beseitigen. — Nach einer längeren Diskussion im Sinne des Referats, in der auch auf die Ausbeutung durch das Zwischmeister-System hingewiesen und ferner das Verhalten des Vereins der selbständigen Konfektions-Schneider kritisiert wurde, gelangte folgende Resolution zur Annahme: Die Versammlung der Herrenkonfektions-Schneider erklärt im Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten, daß eine wirtschaftliche Besserstellung der Kollegenschaft nur im Anschluß an die Organisation ermöglicht werden kann. Als ein weiteres Mittel betrachtet die Versammlung das feste Zusammenhalten der Kollegen in den einzelnen Geschäften, um durch gegenseitige Aussprache in event. zu arrangierenden Sitzungen die vorhandenen Mißstände zu erörtern und den Geist der Interessengemeinschaft zu pflegen. Die Versammelten verpflichten sich, für eine Agitation in diesem Sinne Sorge zu tragen und sich dem Verbands deutscher Schneider und Schneiderinnen als Mitglieder anzuschließen.

Eine zahlreich besuchte Versammlung der Möbelschneider, Arbeiter und Schiffer, die vom Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter einberufen war, tagte am Sonntag, den 8. März in Peters Salon. Berner referierte über die Frage: „Wie gestalten wir uns den neuen Lohnarbeitsvertrag?“ und betonte, daß dieser am 10. Januar vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts stattgehabten Verhandlungen vor dem 15. März dieses Jahres mit der Direktion festgesetzt werden muß. Der Redner schlug die einzelnen Positionen des Tarifs vor, der nach längerer Diskussion einstimmig angenommen wurde. Am Freitag, den 8. März, hat bereits eine Sitzung der Lohnkommission mit dem Herrn Direktor Verne's unter Vorsitz des Gewerbegerichts-Direktors v. Schulz stattgefunden. Zugestanden wurde für Kutcher ein Lohn von 25 M. pro Woche für die Sommermonate und 22 M. während der Wintermonate, für Sandarbeiter 40 Pf., für Kollarbeiter 45 Pf. pro Stunde (ein Zuschlag für Ueberstunden wurde abgelehnt), für Schiffer 105 M. pro Monat (früher 90 M.), für Bootleute 90 M. (früher 80 M.). Da die Zustände für Arbeiter und Kutcher nur eine ganz unwesentliche Erhöhung des Lohns bedeuten, kam eine Einigung nicht zu stande.

Es wurde beschlossen, erst eine Versammlung sämtlicher Beteiligten noch einmal zu befragen und soll dann eine nochmalige Verhandlung eventuell am Mittwoch, den 13. März, vor dem Einigungsamt stattfinden.

In der Versammlung der Lackierer am Montag hielt Genosse Kahl eine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Organisation und Tarifgemeinschaft“. Ueber die Tarifverhältnisse im Lackierergewerbe wurden von allen nachfolgenden Rednern, die sich an der sehr lebhaften Besprechung beteiligten, allgemein bittere Klagen geführt. Vielfach seien es gerade die Zunftmeister, wie auch die zumeist bei diesen und den „freien“ Meistern beschäftigten unorganisierten Gehilfen, welche beiderseits durch gegenseitiges Unterangebot den 1896 vereinbarten Tarif durchbrochen haben. Wenn auch die Verhältnisse in Fabriken für die betreffenden Arbeiter etwas angenehmer sind, so seien aber die Zustände im allgemeinen, durch die wirtschaftliche Krise beeinflusst, schon seit längerer Zeit äußerst traurige. Guard, Hoff, Semisch u. a. erklärten sich für Tarifgemeinschaften, aber auf möglichst kurze Dauer. Die gegenwärtigen Zustände seien unhaltbar. Mit allen gegen 2 Stimmen, erklärte sich die Versammlung mittels einer Resolution ebenfalls für Tarifgemeinschaft mit den Arbeitgebern. Die Durchführung derselben müsse aber vorläufig bis zu einer günstigeren Zeit vertagt werden. In einigen Monaten soll alsdann von Seiten der Organisation ein Tarif ausgearbeitet und den Arbeitgebern zur Vereinbarung unterbreitet werden. — Der Vorsitzende Warnke verlas noch den von der gemischten Kommission der Meisterei aufgestellten Tarif, mit dem man sich ebenfalls erst später noch beschäftigen werde. Vorläufig müsse es Pflicht aller Lackierer sein, eine rege Agitation zu entfalten für Stärkung der Organisation, als der einzigen hauptsächlichsten Stütze, für Durchführung aller Tarifforderungen.

Eine äußerst stark besuchte Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Maurer (Zahlstelle I, Pagen), tagte am 8. März in den Arminkallen. Als Delegierte zur Konferenz der Provinz Brandenburg wurden Schulz, Döhne und Käumig gewählt. Die diesjährige Bauhütigkeit und die Stellungnahme der Pagen hierzu hieß der wichtigste Punkt der Tagesordnung, über den Schulz referierte. Es wurde dazu folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Pagen erklären, von den bis jetzt errungenen Lohn- und Arbeitsbedingungen unter keinen Umständen abzulassen. Ferner sollen von jetzt ab sämtliche Verträge mit den Meistern der Kommission vorgelegt werden, damit dieselbe Einsicht in die Verträge nehmen kann.“ Dieser Beschluß soll gedruckt und an die Kollegen auf den Bauten verteilt werden, nachdem noch mehrere interne Sachen erledigt waren, erfolgte Schluß der ganz ungewöhnlich stark besuchten Versammlung.

Im Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands hielt Herr Ingenieur Grempe am Mittwoch, den 6. März, im großen Saale der Arminkallen einen Demonstrationsvortrag über „Technische Neuerungen“. An der Hand einer mit sechs Sprechstellen ausgerüsteten Telephonanlage zeigte er, wie jedes Wort, das in einem Redensaal gesprochen oder gesungen wurde, durch das Hörer-Mikrophon der Alt.-Gef. Wig u. Genest klar und deutlich im großen Saale zu vernehmen war, ohne daß man es nötig hat, die Hörer an die Ohren zu bringen. Sodann erläuterte der Referent den Referent den Telephonographen des dänischen Ingenieurs W. Poulsen, durch den es möglich ist, Mitteilungen dem Angerufenen anzugehen zu lassen, auch wenn er nicht zu Hause ist. — Im Anschluß hieran zeigte er noch ein hygienisches Kochgeschirr aus sogenanntem Wadwimmetall, das die emaillierten Kochgeschirre ersetzen soll. Die gut besuchte Versammlung nahm den Demonstrationsvortrag mit großem Beifall auf.

China.

„unge Londoner Nachrichten stellen den Protest der Mächte gegen die Annexion der Mandchurie durch Rußland als einigermassen harmlos hin. Offenbar erkennen die Mächte, daß sie doch nichts Erhebliches aussprechen können, ohne die schwierige Situation weiter zu erschweren. Auch Japan soll keine Neigung haben, die Angelegenheit auf die Spitze zu treiben.“

Waldersee meldet am 11. aus Peking: Bei dem gestern gemeldeten Geschehniß westlich des Antung-Passes wurde diesseits nur ein Mann leicht verwundet. Die Chinesen richteten unter Zurücklassung von 250 Toten und 4 Schnellfeuergeschützen, bei deren Fortnahme sich Lieutenant Siebel auszeichnete, über Schifu und wurden durch Kavallerie 30 Kilometer weit verfolgt. Das 2. Bataillon 4. Regiments verbleibt bei Fouping und westlich bis zur Mauer, um Rückkehr chinesischer Truppen zu hindern.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Oesterreichisches Abgeordnetenhaus.

Wien, 12. März. (B. Z. B.) Nach Daszynski führt Landesverteidigungsminister Graf Welserschheim aus, das österreichische Wehrsystem verfolge kein Herabgehen, bedürfe vielmehr der Fortentwicklung. Ein mächtiger Monarch habe die Initiative zum Studium der Abrüstungsfrage ergriffen, aber geschehen sei bisher nichts. Alles raste ins Unendliche, und wer seine Interessen wahren wolle, müsse mitrutschen. Die Militärlast sei in Oesterreich zwar nicht wenig fühlbar, aber andere Staaten stellten an die Bevölkerung noch größere Anforderungen. Nicht der Militarismus, sondern andre Verhältnisse lähmten Oesterreichs Entfaltung. Der Minister weist sodann die Mängel des Militärsystems nach und weist auf England hin, das nach den Erfahrungen der Südafrika-Kriege nun sein heftiges Heer verstärke. Die österreichischen Soldaten gehörten, wie alle Gegner anerkannten, zu den besten der Welt; aber bei den Verchiedenheiten in so vielen Punkten bedürfte es langer Arbeit, um die unerlässliche Homogenität zu erreichen, weshalb eine Herabsetzung der Dienstdauer unzulässig sei.

Der Minister bespricht sodann die einzelnen vorgebrachten Beschwerden und erklärt, es sei der Wille des Kaisers, daß in der Armee Ordnung herrsche. Die Armee, in deren Interesse es liege, geistig, moralisch und physisch entwickelte Soldaten zu bekommen, wünsche der Arbeiterschaft das Beste und habe auch keinen Grund, der Socialdemokratie feindlich gegenüber zu stehen, wenn diese sich im Rahmen der Gesetze halte.

Der Vermittlungsversuch im Marceller Streik gescheitert.

Marseille, 12. März. (B. Z.) Die Arbeitgeber hatten heute eine Unterredung mit dem Präfekten; sie weigerten sich absolut, sich mit den Delegierten der Arbeiter in Verbindung zu setzen. Sie erklärten, in Unterhandlungen mit ihren Arbeitern erst nach Wiederaufnahme der Arbeit einzutreten zu wollen; die Arbeiter aber irgendwelche Zugeständnisse zu machen, sei unmöglich. Die Delegierten des internationalen Hafenarbeiter-Syndikats haben in einer neuen Sitzung beschlossen, den Ausstand fortzusetzen.

Monarchistische Umsturzbestrebungen in Brasilien.

New York, 12. März. (B. Z.) Nach Meldungen aus Rio de Janeiro nimmt dort die monarchistische Bewegung einen hochentwickelten Charakter an. Der größte Teil der Landarmee und der Marine hat sich auf die Seite der monarchistischen Führer gestellt. Die Abwendung eines amerikanischen Geschwaders nach den brasilianischen Gewässern steht bevor.

Offen (Ruhr), 12. März. (B. Z. B.) Infolge des gestrigen starken Schneeefalls sind im Ruhrgebiet die Telegraphen- und Telefonleitungen allgemein gestört; die Ständer der Fernsprechanlagen sind teilweise umgestürzt. Die Straßenbahnzüge verkehren mit großen Verspätungen. Heute früh ist Lawetter eingetreten.

Reichstag.

66. Sitzung vom Dienstag, den 12. März 1901, nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratsstische: Präsident des Reichs-Eisenbahnamts Schulz.

Präsident Graf Balleskron:

Se. Königl. Hoheit Prinz Luitpold, der Vertreter des Königreichs Bayern, feiert heute in ungeschwächter geistiger und körperlicher Kraft ein seltenes Fest, den Tag, an welchem höchst derselbe sein 80. Lebensjahr vollendet. Der erlauchte Fürst, das Staatsoberhaupt des zweitgrößten Bundesstaats, sieht als solches auch in nächster Beziehung zum deutschen Reichstag. Wenn daher dieser Ehrentag des erlauchtesten Wittelsbachers in allen Kreisen seines getreuen Bayernlands als ein hohes Ehren- und Freudenfest gefeiert wird, so hat auch der deutsche Reichstag alle Veranlassung, an dieser Feier den lebhaftesten Anteil zu nehmen (Bravo!) und für das fernere Wohlergehen Se. Maj. Hoheit des Prinzregenten von Bayern die angelegentlichsten Wünsche auszusprechen. (Bravo!) In der Vorrede, die ich heute mit den Gefühlen des Reichstags in Uebereinstimmung zu befinden, habe ich heute eine telegraphische Kundgebung an Se. Maj. Hoheit erlassen, welche den ehrfürchtvollsten Glück- und Segenswunsch des deutschen Reichstags zum Ausdruck bringt. (Bravo!) Als Zeichen Ihrer Uebereinstimmung und als Guldigung von den erlauchtesten Bundesfürsten haben Sie sich von Ihren Plätzen erhoben. Ich stelle das fest.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Etats für das Reichs-Eisenbahnamt.

Die Kommission beantragt folgende Resolution: Der Reichstanzler möge dem Reichstage regelmäßig Mitteilung von den Verhandlungen und Ergebnissen aller aus Veranlassung des Herrn Reichstanzlers abzuhaltenden Konferenzen über Verbesserungen von Einrichtungen bei den Eisenbahnen zur Erhöhung der Sicherheit und Bequemlichkeit des reisenden Publikums und des Personals zugehen lassen.

Reichseisenbahn-Präsident Dr. Schulz:

Ich bin gern bereit, über die vor einigen Wochen stattgehabte Konferenz im Reichseisenbahnamt Ihnen Mitteilung zu machen. Die Beschlüsse haben allerdings noch nicht die ausdrückliche Zustimmung der beteiligten Regierungen gefunden. Bei der erfreulichen Uebereinstimmung der Anschauungen, die in der Konferenz herrschte, glaube ich aber, daß wesentliche Änderungen nicht mehr vorgenommen werden. Zunächst wurde über das Signalwesen und dessen Ergänzung verhandelt. Es soll erproben die Betriebsordnung durch eine Vorkehrung ergänzt werden, wonach sämtliche Blocksignale mit Vorsignalen auszurüsten sind, während bisher nur die Einfahrtssignale mit Vorsignalen versehen waren. Zweitens: es empfiehlt sich, bei den elektrischen Streckenlokomotiven in größerem Umfange Einrichtungen zur selbstthätigen Mitwirkung der Jäger herzustellen. Drittens: es soll eine Kommission gebildet werden aus Vertretern der Eisenbahn-Verwaltungen Preußen, Bayern, Sachsen und Baden unter Mitwirkung des Reichs-Eisenbahnamts, die Versuche darüber anstellt, ob es möglich ist, die sichtbaren Signale durch hörbare zu ersetzen. Weiter wurde in der Konferenz beschlossen, daß Verordnungen zu erlassen seien über die Maßregeln, die zu ergreifen seien beim Anhalten von Jägern auf freier Strecke aus andern als aus Sicherheitsgründen. Bisher war das Verhalten in diesem Fall dem pflichtmäßigen Ermessen der betreffenden Beamten überlassen. Was die D-Wagen anlangt, so herrschte in der Konferenz die Uebereinstimmung darüber, daß die D-Wagen bei Unfällen infolge davon, daß ihre Seitenwände durch Türen nicht unterbrochen sind, einen höheren Widerstand leisten. Sie müßten aber so eingerichtet werden, daß im Notfall das Verlassen der Wagen auf andrem Wege als durch die an den Enden befindlichen Türen möglich ist. Hierzu müssen die Fenster zu Notthüren umgebildet werden. Ueber die Frage der Beleuchtung bestand in der Konferenz ebenso Einstimmigkeit darüber, daß der Gasbeleuchtung eine besondere Feuergefährlichkeit nicht beizumessen. Die Gasbehälter müßten aber aus bestem Material hergestellt sein. Festgestellt wurde, daß es für eine größere Eisenbahnverwaltung unmöglich sei, mit ihrem gesamten Wagenpark zur elektrischen Beleuchtung überzugehen. Es sollen aber die Versuche mit der elektrischen Beleuchtung fortgesetzt werden. Auch soll die Frage eingehend geprüft werden, ob nicht zum Bau von Eisenbahnwagen thundsticht feuerfesteres Material zu nehmen sei. In größerem Umfange als bisher sollen auch Untersuchungen angestellt werden über die Frage der selbstthätigen Stuppelung. Ich hoffe, daß wenn diese Vorschläge verwirklicht sein werden, die Betriebssicherheit der Eisenbahnen in erfreulicher Weise zunehmen wird. Im übrigen bin ich gern bereit, wie heute so auch künftig, über die Ergebnisse dem Hause Mitteilung zu machen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Die einzelstaatlichen Eisenbahn-Verwaltungen tragen den Wünschen und Interessen der Allgemeinheit oft nicht in genügender Weise Rechnung. Einzelne Fragen können auch gar nicht in befriedigender Weise gelöst werden innerhalb der Einzelstaaten, kann innerhalb des Reichsgebietes, sondern sie müßten eigentlich international geregelt werden. Vor allem aber müßte dem Reichs-Eisenbahnamt das Mandat gestärkt werden gegenüber den einzelstaatlichen Verwaltungen. Eine große Gefahr für den Verkehr bieten die zahlreichen Niveau-Übergänge der Eisenbahnen. Hier wäre Abhilfe dringend nötig. Auch in der Frage der Tarife besteht der größte Mangel darin, daß dieselben auf Grund der Entscheidungen der Einzelregierungen festgelegt werden, während doch an den Tarifermäßigungen, wie sie kurz vorher im Interesse der Landwirtschaft erfolgte, die Bevölkerung des ganzen Reichs daran interessiert ist. Die Frage der Reform der Güter- sowie der Personen-Tarife ist ja schon recht häufig hier verhandelt worden, und ich möchte den Herrn Reichs-Eisenbahnpräsidenten fragen, wie weit diese Reform denn nun steht.

Abg. Stolle (Soc.):

Auch in diesem Jahr muß ich auf einzelne Mängel im Eisenbahnbetrieb eingehen. Ein Fortschritt ist bei der Reichs-Eisenbahnverwaltung nicht zu konstatieren, im Gegenteil, ein Stillstand, was gleichbedeutend ist mit einem Rückschritt. Nach drei Richtungen hin macht sich dieser Stillstand bemerkbar. Erstens in Bezug auf das Tarifwesen, zweitens in Bezug auf einseitige Verwaltung der Eisenbahnen und drittens in Bezug auf die Betriebssicherheit der Bahnen. Was das Tarifwesen anlangt, so kann man sagen: Lang ist's her, daß von der Industrie und dem Handel die Herabsetzung der Eisenbahn-Tarife gefordert wird. Leider geht die Eisenbahn-Verwaltung und speziell die preussische vom fiskalischen Standpunkt aus. Die Herabsetzung der Gütertarife ist schon deshalb dringend notwendig, damit wir mit dem Auslande konkurrieren können. Bei den Personen-Fahrtarten wäre es sehr wünschenswert, daß zum wenigsten, wie auch in Baden und Württemberg es jetzt schon der Fall ist, eine zehnjährige Gültigkeit der Fahrkarten auch in Preußen eingeführt werde. Wie dringend notwendig eine einheitliche Verwaltung der einzelstaatlichen Eisenbahnen ist, beweist der sächsisch-preussische Eisenbahn-Krieg, der trotz der Ablehnung des Grafen Hohenthal seine schädlichen Wirkungen für die betreffenden Industriekreise ausübt. Der dritte Punkt, für den auch das Reichs-Eisenbahnamt zuständig ist, ist die Betriebssicherheit. Daß hier noch sehr viel zu wünschen übrig bleibt, haben ja die letzten Jahre deutlich gezeigt. Trotz der enormen Ueberschüsse, die die Eisenbahnen namentlich in Preußen gemacht haben, ist doch für die Sicherheit von Personal und Publikum wenig geschehen. Man sollte doch meinen, daß ein Arbeitgeber, der so große Einnahmen aus seinem Geschäft zieht, doch auch für seine Arbeiter als Muster-Arbeit-

geber dasht. Davon ist aber nicht die Rede bei den Eisenbahnen: die Arbeitszeit des Personals ist in den letzten Jahren nicht vermindert worden, sondern es sind noch die alten Pläne. Nach einer Statistik wurden in Preußen im Jahre 1900 ca. 28 000 Arbeiter mehr als 8-9 Stunden beschäftigt, ca. 100 000 mehr als 9 bis 10 Stunden, ca. 73 000 Arbeiter mehr als 10-11 Stunden, ca. 70 000 mehr als 11-12 Stunden, ca. 40 000 mehr als 12-13 Stunden, ca. 8000 mehr als 13-14 Stunden, ca. 3000 mehr als 14-15 Stunden, und dann bleiben noch 2670 Personen übrig, die mehr als 15-16 Stunden im preussischen Eisenbahndienst beschäftigt sind. Bei dieser langen Dienstzeit ist es kein Wunder, wenn solche Unglücksfälle wie bei der Offenbach vor kommen. Wer kann nach 14 Stunden Dienst noch die geistige Frische behalten, die zur Dienstleistung besonders auf der Eisenbahn nötig ist. Man behauptet nun, während des Dienstes werden häufig Pausen gemacht, und diese stellten sich nicht in Rechnung. Aber auch das ist nicht richtig. Aus einer Tabelle, die mir vorliegt, geht hervor, daß die Pausen bei den einzelnen Touren von 9 bis 15 Stunden immer nur wenige Minuten betragen. Es kommen Pausen vor von 14, 19, 27 Minuten. Während dieser Zeit ist es natürlich dem Personal ganz unmöglich, sich nur irgendwie zu erholen. Dazu kommt, daß sich die Aufenthaltsträume in einem ganz schauerhaften Zustand befinden und ferner kommt in Betracht, daß bei Jugerpäntungen die Pausen für ein Personal überhaupt illusorisch werden, da es dann noch häufig zu Rangierdiensten herangezogen wird.

Schwere Klagen werden auch über die Behandlung der Eisenbahnangestellten und Arbeiter laut, die nicht dazu beitragen, den Leuten Freude an ihrer Arbeit zu geben und damit die Sicherheit des Betriebs zu erhöhen. Die Eisenbahn-Arbeiter und Beamten werden als Bürger dritter Klasse behandelt. Der § 152 der Gewerbe-Ordnung ist für sie gar nicht vorhanden. Bei einer Verhandlung in Dortmund ist festgestellt, was für Töne die Vorgesetzten anschlagen. „Sie sind ein Hind!“ wurde ein Eisenbahnarbeiter angegriffen. „Ich schlage Ihnen die Knochen entzwei!“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Kann da Arbeitsfreudigkeit vorhanden sein? Wieder hat das Reichs-Eisenbahnamt eingegriffen. In Magdeburg sind kurz vor Weihnachten 30 Eisenbahnarbeiter aus Strahlenpflaster geworfen worden, weil einige von ihnen das Glas hatten, als Vertreter einer Krankenkasse zu fungieren. Es waren Leute, die 16, 17, 20 Jahre im Eisenbahndienst standen. Wo bleibt da die Gerechtigkeit! Es ist die Sache des deutschen Parlaments, diese Verhältnisse zu bessern im Interesse der Sicherheit des Eisenbahn-Dienstes, im Interesse der Gerechtigkeit. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf zu Hohenthal:

Der preussisch-sächsische Eisenbahnkrieg nimmt allmählich den Charakter einer Seesäule an, nur daß dieses Ungeheim im Sommer erlischt, wenn politisch nichts los ist, während vom preussisch-sächsischen Eisenbahnkrieg regelmäßig einige Wochen vorher bei der Beratung des Reichs-Eisenbahnamts gesprochen wird. Ich bin von meiner Regierung zu der Erklärung ermächtigt, daß von einem Eisenbahnkrieg zwischen Preußen und Sachsen keine Rede ist. Bei der geographischen Lage der beiden Eisenbahneysteme ist es natürlich gewiß schwierig, alle Reibungen zu vermeiden und solche Reibungsmöglichkeiten können durch untergeordnete Organe vergrößert werden. Erste Beschwörungen aber haben stets bereitwilliges Entgegenkommen bei der preussischen Regierung gefunden, und das ist auch in Zukunft zu erwarten. Es ist das gute Recht der preussischen Verwaltung, gegen die beiden konkurrierenden Linien Berlin-Wien-Oderberg und Berlin-München über Probstzella einzuschreiten. Es lag nahe für die sächsische Regierung, ihre alten Linien so zu verbessern, daß sie die Konkurrenz mit den neuen Linien aushalten können. Dabei sind wir auf den guten Willen der preussischen Regierung angewiesen, da wir nicht völlig über die Linien verfügen, da sie ja zum Teil auf preussischem Gebiet liegen. Wir haben nun dabei großes Entgegenkommen gefunden. Aus technischen Gründen war es früher nicht möglich, eine Verschleimung der Jäger auf den alten Linien herbeizuführen, aber schon der nächste Sommer-Fahrplan wird Zeugnis ablegen, welches Entgegenkommen Preußen bewiesen hat. Ob es bereits möglich sein wird, die geplante schnelle Verbindung zwischen München und der Linie Leipzig-Hof herbeizuführen, kann ich noch nicht sagen. Aber der Zug Wien-Berlin via Dresden, der um 11 Uhr in Berlin eintrifft, soll um eine Stunde beschleunigt werden. Ueber die Leitung des Güterverkehrs besteht seit einer langen Reihe von Jahren eine Vereinbarung. Gewiß sind dieser Vereinbarung Kämpfe vorausgegangen. Im allgemeinen wird die kürzeste und leistungsfähigste Route gewählt, aber man hat sich über gewisse Umwege, die beschaffen werden dürfen, wenn sie nicht wesentlicher Natur sind, verständigt, und den Vorteil hat hier auch Sachsen davon. Gleichwohl soll der Versuch gemacht werden, das neue Prinzip für die Instaurierung des Güterverkehrs: kürzeste und leistungsfähigste Route, durchzuführen. Demnächst werden Vorschläge gemacht werden. Was die Geschichte von der Leipziger Bahnhofsperre anlangt, so hat sich die Maßregel nicht gegen die Stadt Leipzig gerichtet, sondern sie mußte eintreten, weil tatsächlich Uebersättigung vorhanden war. Ueber den Centralbahnhof Leipzig werden sich, wie zu hoffen ist, in kürzester Frist die beteiligten Verwaltungen einig werden.

Abg. Prinz Schnitz-Carolath (Hospitalant der Rationalisten):

Ich freue mich, daß die Konferenz die Verbesserungsbedürftigkeit der D-Wagen anerkannt hat. Was die wichtige Frage der Beleuchtung anlangt, so halte ich die alten Öllampen für sicherer, als die jetzige Gasbeleuchtung.

Präsident des Reichs-Eisenbahnamts Dr. Schulz:

Bei dem Offenbacher Unglück haben sich sieben Personen durch die Fenster gerettet, nach der Umgestaltung im Sinne der Konferenzbeschlüsse wird das also noch in erhöhtem Umfange der Fall sein. Lediglich sind die neu konstruierten Jäger bereits heute in der Ausführung und werden in aller nächster Zeit Probefahrten beginnen können.

Abg. Stadthagen (Soc.):

Die Stellung des Herrn Reichs-Eisenbahnpräsidenten ist ja eine recht schwierige und wenn er sich auch entgegenkommend seinen Klagen gegenüber zeigt, so liegt doch in der That die eigentliche Schuld an den Missethätigen bei dem preussischen Eisenbahnministerium. Dieses Ministerium kann man mit Recht ein Ministerium für Eisenbahn-Unglücksfälle nennen. Es ist bezeichnend, daß, weil einige D-Jäger verunglückt sind, es jetzt so hingestellt wird, daß die Hauptsache die Verbesserung der D-Jäger sei. Ebenso wie das Publikum der zweiten und dritten Klasse, muß auch das reisende Publikum der vierten Klasse geschützt werden. Die vorhin erwähnten Beschlüsse der Konferenz beschlagnahmten sich aber fast ausschließlich nur mit den D-Jägern. Es wird an den Zuständen nichts geändert werden, so lange der Herr Präsident des Reichs-Eisenbahnamts nicht in der Lage ist, dem Fiskalismus und Bureaucratismus, der in Preußen herrscht, entgegenzutreten. Die Hauptsache ist, daß das Personal nicht übermächtig wird. Es muß verlangt werden, daß der Achtsundzwei, soweit wie irgend möglich ist, durchgeföhrt wird. Weiter muß aber der Herr Präsident des Reichs-Eisenbahnamts von dem preussischen Eisenbahn-Minister fordern, daß er das Reichsrecht gegenüber seinen Arbeitern und Beamten gelten läßt. Herr v. Tzielen hat aber selbst im preussischen Abgeordnetenhaus erklärt, daß er das Koalitionsrecht seinen Arbeitern nicht geben wolle, und daß er nicht dulden will, daß sie Konsumvereine angehöben. Wir verlangen, daß das Vereinsrecht, das den Eisenbahn-Arbeitern durch Reichsrecht zusteht, ihnen nicht genommen werde durch irgend einen Bureaucraten, der zufällig Minister geworden und von dem man sagt, daß er Jura studiert habe. Er hat jedenfalls bewiesen, daß er ein außerordentlich schlechter Jurist ist, wohl der schlechteste von allen, den man

hat ausfinden können. (Heiterkeit.) Denn er nimmt seinen Arbeitern das Koalitionsrecht, das ihnen doch reichsrechtlich gewährleistet ist. Wenn der Arbeitern dies Recht genommen wird, so ist es ihnen auch unmöglich, dafür zu sorgen, daß ihre Arbeitszeit verkürzt werde, während doch gerade die lange Arbeitszeit die Hauptsache an den vielen Unglücksfällen trägt. Der einzig Schuldige an den Unglücksfällen ist Herr v. Tzielen. Der Reichs-Eisenbahnpräsident müßte dafür sorgen, daß der preussische Eisenbahnminister vom Staatsanwalt zur Verantwortung gezogen werde. (Lachen rechts.) Dieser Minister hat ja selbst im preussischen Abgeordnetenhaus erklärt: „Ich habe die Verantwortung dafür, daß der Verkehr sich mit der Sicherheit und Pünktlichkeit bewegt, wie es notwendig ist.“ Nun, ich glaube, es giebt niemand im Deutschen Reich, der behaupten wolle, daß der Verkehr sich tatsächlich mit dieser Sicherheit bewegt. Wenn der Herr Minister aber diese Verantwortlichkeit übernimmt, dann mag er doch sich selbst beim Staatsanwalt denunzieren und dafür sorgen, daß gegen ihn eingeschritten werde (Heiterkeit bei den Soc.), denn tatsächlich ist die größte Zahl unfrei Unfälle durch die lange Arbeitszeit und die zu niedrigen Löhne veranlaßt. Dabei geht der Minister noch darauf aus, die Löhne noch weiter herabzusetzen. Er zieht italienische und galizische Arbeiter heran, weil diese recht- und wehrlos und mit niedrigen Löhnen zufrieden sind. Dadurch leiden die Interessen des Verkehrs. Weiter ist ein Schreiben auf Veranlassung des preussischen Eisenbahn-Ministers in verschiedenen Bezirken ergangen, welches lautet: „Um zu prüfen, in welchem Verhältnis die diesseitigen Löhne im Vergleich zu den Tageslöhnen der Landwirtschaft und Industrie stehen, und um letztere nicht zu überbieten (Hört! hört! bei den Socialdemokraten), ersuche ich nun baldige Mitteilung, welche Tageslöhne bei Ihnen gezahlt werden.“ Man geht also darauf aus, zu vermeiden, daß die ländlichen Arbeiter, die so jämmerlich bezahlt werden, sich zahlreich der Eisenbahnverwaltung als Arbeiter anbieten. Hier werden also in geradezu wucherartiger Weise die Löhne seitens des preussischen Eisenbahnministers herabgedrückt, indem man künstlich die Löhne soweit herabsetzen will, daß nur noch die Tageslöhne ländlicher Arbeiter erreicht werden können, d. h. nicht das Interesse der Allgemeinheit, sondern nur das Interesse einer einzigen kleinen Gruppe von Großgrundbesitzern wahrzunehmen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Dieser Erlass des Herrn Eisenbahnministers widerspricht auch den königlichen Erlassen, wo es heißt, daß die Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen. Im Zusammenhang steht, daß der Eisenbahnminister einzelne Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs einfach aus der Welt dekretiert.

Im § 394 ist im öffentlichen Interesse bestimmt, daß gegen Lohnforderungen nicht aufgerechnet werden darf, und alle namhaften Juristen sind sich darüber einig, daß diese Bestimmung zwingendes Recht ist und nicht durch private Vereinbarungen außer Wirksamkeit gesetzt werden kann. Bei der Eisenbahnverwaltung kann aber, wenn der Arbeiter rechtswidrig die Arbeit verläßt, rückständiger Lohn zu Gunsten der Eisenbahn-Pensionskasse einbehalten werden und ebenso in einzelnen Fällen zu Gunsten der Eisenbahn-Krankenkasse. (Stille des Präsidenten.)

Vizepräsident v. Frege:

Herr Abgeordneter, ich muß Sie unterbrechen, da Ihre Ausführungen nicht mehr zur Tagesordnung gehören.

Abg. Stadthagen (fortfahrend):

Herr Präsident, ich richte an den Herrn Eisenbahn-Präsidenten die Bitte, daß er seines Amtes dahin walten möge — ob das seines Amtes ist, wird er ja nachher sagen —, daß seitens des preussischen Eisenbahnministeriums den Beschlüssen des Reichstags nachgekommen wird. Ich fordere ihn auf, dafür zu sorgen, daß im Interesse der öffentlichen Sicherheit das Wenige, was von socialpolitischen Maßnahmen hier getroffen ist, nicht durch partikularistische Gesetgebung außer Kraft gesetzt werde. Wir haben es ausdrücklich festgestellt, daß der Reichstag kompetent ist, dafür zu sorgen, daß die Reichsgesetze nicht gebrochen werden. Besonders Veranlassung haben wir dazu inwieweit, als durch solche Ausherdachlassung der Reichsgesetze die Unglücksfälle vermehrt werden. Der preussische Eisenbahn-Minister hat aber erklärt, daß dieser § 394 nicht zwingendes Recht sei; und das sagt ein preussischer Minister, von dem behauptet wird, daß er Jura studiert hat. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Wenn der Herr Präsident des Reichs-Eisenbahnamts meint, daß er keine Macht dazu habe, dagegen einzuschreiten, so wird es notwendig sein, ein wirkliches Reichs-Eisenbahnamt zu konstruieren oder diesen Titel überhaupt zu streichen. Hat der Präsident des Reichs-Eisenbahnamts nicht die nötige Macht, wozu wollen wir dann die 20 000 M. bewilligen? (Große Heiterkeit und sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Gewiß hat der Präsident des Reichs-Eisenbahnamts mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, mit Nebelhänden, die allerdings geeignet sind, die Freudigkeit eines Arbeiters im Verkehrsministerium zu beeinträchtigen. Ich erinnere an den Vorgang im preussischen Eisenbahn-Ministerium, daß Herr Mide, der früher die eigentliche Seele dieses Ministeriums war, seinen Rücktritt genommen hat, nicht weil er überbürdet ist, sondern deswegen, weil ihm eine Privatgesellschaft einige 100 000 Mark Abfindung geboten hat. Und zwar ist er in eine Privat-Eisenbahngesellschaft eingetreten und sitzt dort, trotzdem er nicht mehr Beamter ist, eine große Macht aus. Es ist tiefbedauernd, daß ein derartig abgekaufter Beamter eine solche Macht ausüben kann. Das sollte man im Interesse der Würde der Beamenschaft vermeiden. Die Interessen des öffentlichen Wohls können nur gewahrt werden, wenn das Reichs-Eisenbahnamt mit den nötigen Befugnissen ausgestattet wird. Wenn Sie nicht dafür sorgen, so fließt das Blut, das augenblicklich an dem preussischen Eisenbahnminister fließt, auch an Ihnen. (Lachen rechts. Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Vizepräsident v. Frege:

Herr Abgeordneter, Sie haben in Ihren Ausführungen von wucherlicher Ausbeutung der Arbeiter durch ein preussisches Staatsministerium gesprochen. Das ist ein unparlamentarischer Ausdruck, ich rufe Sie deswegen zur Ordnung.

Präsident des Reichs-Eisenbahnamts Schulz:

Herr Stadthagen hat die Zuständigkeit des Reichs-Eisenbahnamts zu weit ausgedehnt. Die Eisenbahnen unterstehen der Aufsicht des Reichs in Bezug auf die Landesverteidigung und die allgemeinen Verkehrsinteressen. Beide Interessen werden wesentlich gefördert, wenn die Eisenbahn-Verwaltungen eine wohlwollende und strenge Disciplin auf das Personal ausüben. Die Vorwürfe des Herrn Stadthagen werden Herrn v. Tzielen kaum wehe thun. Die Berliner Straßenbahn unterliegt nicht der Aufsicht des Reichs-Eisenbahnamts.

Oberbaumeister v. Misani:

Ich möchte nachzuweisen, daß von einer Uebersättigung des Eisenbahn-Personals nicht die Rede sein kann. Dienstpflichten von einer Dauer von 15-16 Stunden kommen nur in 3/5 Proz. aller Fälle vor; Dienstpflichten von einer Dauer von 14-15 Stunden machen nur 4 Proz. aus. Herr Stadthagen hat behauptet, daß die übergroße Anzahl aller Unfälle auf die überlange Dienstzeit zurückzuführen sei. Wenn das richtig wäre, so müßte die größte Zahl der Unfälle in den späten Dienststunden vorkommen. Es ist nun eine Statistik über die Unfälle aufgemacht worden, die im Oktober, November und Dezember v. J. vorgekommen sind. Es handelt sich um 409 Fälle. Die größte Zahl ist in der ersten und fünften Stunde nach dem Dienstantritt passiert. In der 14., 15. und 16. Stunde nach Dienstantritt sind nur 11 Unfälle vorgekommen und davon nur einer auf Verschulden eines Beamten zwischen der 13. und 14. Stunde. Auf die erste bis achte Stunde fielen 45 Proz., auf die achte bis neunte 25 Proz., auf die 10. bis

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Zweigart, Dieb Berlin) ist und werden die Nr. 6 des 11. Jahrgangs ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervor: Ein Artikel auf die Familie. — Die Rohrarbeit verheirateter Arbeiterinnen in Preußen. Von D. Zimmer-Winterthur. I. — Aus der Bewegung. — Freiwirtschaft. Von M. W. (Schub). — Notizen von Frau Braun und Clara Seiffen: Weibliche Arbeitsverhältnisse. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung.

Die Signor-Moral und die geheime Eignung des ökonomischen Arbeitsunternehmens. (Wien, Schöberl u. Vautenfeld) 60 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

H. G. 21. Ueberhandene Geldstrafen sollten nach Anlage 4b 14 zu § 9 der Strafrechts-Ordnung die Verbüßung für Öber und Marine aus und machen auch für die Strafgefängnisse und den Landsturm unzulässig.
H. D. 3. Tätowierungen sind unfreiwillig nicht wegzubringen.

H. G. Feuerweh und Polizei sind wichtig. Die Stadt Berlin hat in beiden Institutionen nicht das geringste zu bestimmen, gemeint aber den praktischen Grundsätzen ungleicher Verantwortlichkeit entsprechend dafür die hohe Höhe, die Unterhaltungskosten selber zu tragen.

Rövid. Mit dem Bau der Berlin-Verder Bahn wurde 1898 begonnen. Geöffnet wurde am 1. Februar 1871 die Strecke Spandau-Garbenlegen, am 15. Juli 1871 die Strecke Berlin-Spandau, am 1. November 1871 die Strecke Garbenlegen-Verder.

„Arbeit“. Haben Sie die Freundlichkeit, Ihre Anfrage wegen einmal in den Abendstunden auf der Redaktion vorzusprechen, weil ich Ihre Anfrage zur öffentlichen Verantwortung nicht eignen. Bringen Sie dabei den Nachweis mit.

H. W. 1. Falls Sie nicht der Geduld entgehen, möchten Sie den Antrag bezogen — M. G. 20. 1. Ja, jedoch nicht öftentlich. 2. Ja. E. M. Tschern. 1 Antwort ist Ihnen im Briefkasten vom 25. Januar auf diese damals allein gestellte Anfrage erteilt. 2 Die unterliegende Partei hat die Kosten auch keinesweges zu tragen. 3 Das ist ohne einigende Studien nicht zu beantworten. — E. J. Gollmannstr. 1 Wenn die Ehe hier oder in der Provinz Brandenburg geschlossen wurde; nein 2 Sie halten für die von Ihnen übernommene Miete dem Wirt gegen-

über. Aus der Verkäufer hat, aber nur in Höhe der von ihm übernommenen Verpflichtung, für die Mietzahlung, 3 Rein. — 100 M. 2. Weber die Rente nach der Lohn ist für Ihre Forderung pfändbar. — Todesfall W. M. Die Eltern erhalten nichts von den für ihre Tochter geliehenen Renten zurück. — Auszügler. Die Eltern lassen auf Bewährung eines Schadensersatzes für das Ausgehende und auf Alimentation gegen den Sohn klagen. 2 Der Sohn ist in diesem Punkt im Recht. — H. 23. Ja. — H. 9. 999. 1 Falls keine richterliche Handlung gegen Sie inzwischen unternommen ist, liegt Verzögerung vor: Die Vollstreckung einer Strafe bis 6 Wochen Haft oder bis 150 Mark Geldstrafe verjährt in 2 Jahren. Amnestie ist nicht erfolgt. 2 Ja. 3 Auf Vollstreckung der Ehe kann nicht geklagt werden. Der Betroffene ist aber vermögensrechtlich dem Wächter verantwortlich. — G. W. 95. Das ist unverständlich; das Arbeitsbuch gehört dem Arbeitgeber. — H. 2. Die betreffende Strafe müssen Sie zahlen. Sie sind erst vom 1. Januar 1903 ab von der Errichtung der Kirchensteuer frei. — Schmelz. Die von der Versicherungsanstalt Ihnen erteilte Antwort ist guttend. — H. 9. 101. Rein. — G. 3. Der Mietzempel ist für dies Jahr Januar bis Januar zu zahlen. Der Wirt kann von der nur einen Teil des Jahres wohnenden Partei nur den auf sie entfallenden Teil verlangen. — H. 3. 75. Rein.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 13. März.
Opernhaus. Der Mikado. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Tochter des Gramms. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Krohn). Geschlossen.
Schiller. Ein Schritt vom Wege. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Die Hölle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft (1. Teil). Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Terzette. Hierauf: Continend-Gemälde. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Knack im Eltliche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Welfen. Der Belfriedent. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionsbühne. Dantes Theater: Hebräer. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Kadetten-Vater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. San Tob. Anfang 7 1/2 Uhr.
Villen. Der Millionenbauer. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelm-Straße. Der Damenschneider. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Das Modell. Anfang 8 Uhr.
Salle. Alliance. Der Peibalte. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Man lebt ja nur einmal. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Das Löwe Erwachen. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die beiden Wenzel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stelliner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. „D“-Vorstellung. Rosenmontag. Anfang nachm. 3 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Am Theateraal) Abends 8 Uhr: „Unser Rhein von der Quelle bis zur Mündung“. Nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen: „Mittelmeerfahrten“. Im 3. Saal: Prof. Dr. Thoms: „Der Einfluss des Tabakrauchens auf die Gesundheit“. Anfang 8 Uhr.
Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

URANIA * * *
Taubenstr. 48/49.
Im Theater
Mittwochabend 8 Uhr:
Unser Rhein
von der Quelle bis zur Mündung.
Im Hörsaal:
Professor Dr. Thoms:
Der Einfluss des Tabakrauchens
auf die Gesundheit.
Um 4 Uhr zu kleinen Preisen:
Mittelmeerfahrten.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

CASTANS
PANOPTICUM
Ein Riesen-
GORILLA
Neu!
Neu!
Neu!
aus Yauand, Hinterland von Kamerun — erlegt von einem Deutschen, die grösste zoologische Sehenswürdigkeit des neuen Jahrhunderts.
Konzertkapelle la Zarina.
Der Germanensaal.

Passage-Panoptikum
Neu! Neu!
Singhalesen-Truppe
in ihren wunderb. Nationaltänzen.
Der Mann Niesenbart 3 m und mit dem Niesenbart 65 cm.
Riese Dilkins, 2 m 35 cm.
General Baum, der kleinste Mensch der Welt.
Entrée (inkl. Theater) soweit der Raum reicht) 50 Pf.

Apollo-Theater.
Kolossaler Erfolg!
Grigory-Truppe
Salerno
Die Wolkovskys
Bernh. Mörbitz
Miss Deyo
sowie die neuen März-Spezialitäten.
Um 9 Uhr.
Des Löwe Erwachen.
Kasseneröffnung 7, Anf. 8 Uhr.

Cirkus Busch
Mittwoch, den 13. März, 7 1/2 Uhr:
Soirée equestre.
Herrn: Kulturen des berühmten amerikanischen Pferdewandigers Professor Norton S. Smith. Besonders hervorzuheben: Die gefährliche Fahrt unter der Teufelsbrücke. Außerdem: Herr Burkhardt-Football, The 3 Alfredos, Kraft-Turnkunstler etc.
Zum Schluss: Juni 100. Male:
Die eiserne Maske.
Le masque de fer.
Großes historisches Range-Schauspiel in 4 Akten und 3 Hauptakten.
Unter anderem: Die Jagd bis in die Gierstoppel hinauf.
Sonntag, 17. März, nachmittags 4 Uhr: „Berliner Landparaden“, wo jeder Gewächse auf allen Stufen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7 1/2 Uhr: Die eiserne Maske.

Wo amüsiert man sich grossartig?
Hassnheide 21 und Jahrstr. 8 in **Schnegelsbergs Festsäle**. (Inb.: Max Schindler. — Telefon: Amt IV Nr. 8002. — Heute: **Grosser Ball**, als **Spezialität: Cigarren- und Apfelsinen-Regen** verbunden mit Schlangen- u. Bonbon-Regen u. diversen Ueberraschungen.
Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung**. Entrée frei.
Der große Saal nebst Nebenräumen ist am 1. Pfingstfesttag an Vereine zu vergeben. (*)
Max Schindler.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlsruhe.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direction: Sonntag 5 Uhr. **Spezialitäten.** J. M. Hütt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**
Zähne, vorzähl. feinst. 10jährige Garantie, Teilzahlung, schmerzlos, lofes Zahngeläch.
Goldstein, Drantenstr. 123.

Passage-Theater
Anfang Sonntags 12 Uhr, Wochentags 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Fortsetzung der
Damen-Ring-Kämpfe
Auftr. d. Ringkämpferinnen nachm. 6 Uhr, abends 10 Uhr.
Rosendienstag.
17 erstklass. Nummern.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Das **Prima-März-Programm!**
Nur Schloßer L. Rang!
8 1/2 Uhr. Brädie 8 1/2 Uhr
Die beiden Wenzel.
Schwank in 1 Akt von E. Hell. Raabe, früherer Schauspieler.
Dir. Richard Winkler.
Brothers Lington in ihren großartigen Leistungen als **Greenwich-Krobaten Mac Kenn**, neu für Europa! **Electro-Musik-Orchester** mit Familie Koller-Talassch, fünf Personen auf dem Turm, 12 **Prima-Schauspieler**. Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 50 Pf.

Reichshallen
Stelliner Sänger.
Neues Programm!
Siehe sämtliche Säulen.

Sanssouci
Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Nach jeder Solree:
Tanzkränzchen.
Wochentags Tanz frei. Preisbillets gültig. Donnerstag: Wachsfiguren.

Metropol-Theater
Behrenstr. 55/57.
Mittwoch, den 13. März, 7 1/2 Uhr:
Man lebt ja nureinmal.
Soirée equestre.
Große Gesangsposse in 5 Akten. Vorher:
Das neue März-Spezialitäten-Program.
Anf. 7 1/2 Uhr, der Hofe 7 1/2 Uhr. Kindern überall gestattet.

Möbel
Spiegel u. Polsterwaren
reell zu soliden Preisen, empfiehlt
H. Strelow, Tischlermeister
Rixdorf, Richardstr. 116, am Denkm.

Wer-Stoff-hat fertige Anz. 20 M. Gold Med. 24 M. Feinst. Zuff. tab. Sig. Romme Wahr ins Haus. Bitte Volk.
Lagel, Münzstraße 26, part.
Bereinszimmer oder Zählstelle zu vergeben.
W. Richter, Galmstraße 36.
Wichtig für Damen.
Günstige Gelegenheit zum Einkauf von Frühjahrs-Konfektion.
Jackets von 3.50 an. (1989) Jackets auf Seide gefüllt v. 6.50 an.
Kragen zur Einlegung von 1.50 an.
Kragen für Damen von 2.00 anfangend bis hochlegant 30 M.
Tailor modes in schwarz und couleur Kostüme in allen Preislagen.
Elegante Kleidermacher zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Damen-Mäntel-Fabrik, Niedervallstraße Nr. 14, I.
Jähne, Plomben, 1 M. an, beliebige Teilzahlung.
Invaliddon-Stran Olga Jacobson, strasse 145

Die schönsten Schmucks zur Einsegnung
in reichhaltigster Auswahl vorrätig bei
MAX BUSSE
Uhren und Goldwaren
175. Brunnenstrasse 175.
Strassenbahn-Haltestelle an der Invalidenstrasse.
Brillanten, Opale, Similis, sowie alle andren Edelsteine und Imitationen, geschmackvoll in massiv Gold oder Goldplattierung gefasst als **Brosches, Armbänder, Ohrgehänge, Halsketten, Ringe etc.** Silberne und versilberte Tafelgeräte und Bestecke zu
Hochzeits- und Pathen-Geschenken.
Goldene und Silberne Uhren.
sowie Uhrketten in massiv Gold, Double, Silber, Talmi etc.
Zum bevorstehenden Umzug
gut gearbeitete **Regulateure, Hänge-Uhren** und **Standuhren** eigenen Fabrikats. Sämtliche in den grossen Räumen meines Hannos ausgestellten Waren sind solide gearbeitet trotz der billigen Preise und bürgt das 24-jährige Bestehen meines Geschäfts für die Reellität der Bedienung.

W. Noacks Theater.
Bismarckstr. 10.
Benefiz für den Kapellmeister **Fritz Kiefer.**
Einnmalige Aufführung:
Mein Leopold.
Schauspiel mit Gesang in drei Akten (6 Bildern) von Adolf Strang.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Donnerstag: Dorf und Stadt.

Deutsche Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.**
4 ausländische Kapellen.
Bock-Anstich.
Täglich grosse Spezialitäten-Vorstellung.

Achtung! „Elysium“
Landsberger Allee Nr. 40-41.
L. Hal
ist Saal und Garten für 3000 Personen unter günstigen Bedingungen zu vergeben. Nach Sonnabende.
Carl Eisermann.

Wer-Stoff-hat fertige Anz. 20 M. Gold Med. 24 M. Feinst. Zuff. tab. Sig. Romme Wahr ins Haus. Bitte Volk.
Lagel, Münzstraße 26, part.

Bereinszimmer oder Zählstelle zu vergeben.
W. Richter, Galmstraße 36.
Wichtig für Damen.
Günstige Gelegenheit zum Einkauf von Frühjahrs-Konfektion.
Jackets von 3.50 an. (1989) Jackets auf Seide gefüllt v. 6.50 an.
Kragen zur Einlegung von 1.50 an.
Kragen für Damen von 2.00 anfangend bis hochlegant 30 M.
Tailor modes in schwarz und couleur Kostüme in allen Preislagen.
Elegante Kleidermacher zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Damen-Mäntel-Fabrik, Niedervallstraße Nr. 14, I.
Jähne, Plomben, 1 M. an, beliebige Teilzahlung.
Invaliddon-Stran Olga Jacobson, strasse 145

Riesen-Walfisch.
21 Meter lang. 150 000 Pfd. schwer.
Zu besichtigen Reinickendorfer- und Wabensstraße-Ecke bei Stadtring. Bahnhofs Wedding.
Eintrittspreis 20 Pf. Eintrittspreis 20 Pf.
Im großen amerikanischen Riesenzelt von morgens 10 bis abends 10 Uhr.

Grösstes Möbel-Kaufhaus
für complete Wohnungseinrichtungen u. einzelne Stücke auf
!!Credit!!
bei kleiner Anzahlung u. auf Jahre hinaus verteilten Raten
Kompl. Einrichtungen von Mk 300 bis Mk 5000 und mehr auf Teilzahlung
Central-Möbel-Halle
S. Kommandantensfr. 51 Ecke Alexandrinenstr.
Bitte die grossen Schaufenster zu beachten

Leipzigerstraße sind zu vermieten für verschiedene Handwerker (nur ruhiger Kleinbetrieb) gemeinsame Arbeitsplätze. Täglich 0,50-1 M. per Q. Meter. Anfr. auf G. K. 2747, Rud. Mooss, Leipzigerstr. 103.

Thurmstr. 85
werden die großen Bestände des vormals W. Wittenbergischen Warenlagers, bestehend aus:
Herren-Anzügen v. 10-30 M.
Knaben-Anzügen - 2-12 -
Sommerüberzieher - 6-30 -
Arbeitsjosen von 1,50-9 -
Sonntagsjosen von 3-12 -
Einzelne Jackets, Hosen, Westen, Leibchenjosen, Knabenjosen,
ferner:
Winterüberzieher, Winterjoppen zur Hälfte des Wertes ausverkauft.
Hermann Schlesinger.
Feste Preise!
Billige Preise!

Mittwoch, den 13. März 1901, abends 9 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Grosse öffentliche Versammlung.

Die obligatorische Fortbildungsschule und die Kellereien der Kaufmannschaft. Referent: Robert Flato. Diskussion.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin). Mittwoch, 13. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Branchen-Versammlung der Tischler auf Möbel nach Zeichnung.

Besprechung über die gegenwärtigen Arbeits- und Lohnverhältnisse in dieser Branche. Es ist Pflicht eines jeden in der Branche beschäftigten Kollegen, zu erscheinen.

Donnerstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenhalestr. 57:

Branchen-Versammlung der Stellmacher.

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Kommission.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Bureau: Engelauer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353. Donnerstag, 14. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Müller, Türschmidstr. 37:

Versammlung für Himmelsburg.

1. Vortrag des Herrn Dittmann über: Disziplin. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Vertrauensmänner-Konferenz der Klempner.

Donnerstag, 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Achtung! Sattler sämtlicher Branchen.

Donnerstag, 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engelauer 15:

Grosse öffentliche Versammlung der Geschirrsattler (Filiale Berlin I.)

Unsere Forderungen. Referent Kollege Albert Hoffmann. Die Lohnkommission Berlin I.

Große öffentliche Versammlung aller in der mechanischen Schuhwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

heute Mittwoch, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Schweizergartens, am Friedrichshain 38.

Verkaufe.

Restoration, voller Schanz, hübsige Miete, Vereinszimmer, verkauft Urbanstraße 129. 30189
Gardinenband Große Frankfurterstr. 9, parterre. 741
Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkauf Germania, Unter den Linden 21 II.
Kleiderstoffe, reimmollene und feine, kaumend billig im Kontorwaffen-Kaufhaus, Wälschstraße 7.
Stoppdecken, billiger wie im Warenhaus, kauft man in der Stoppdecken-Specialfabrik Volkowstr. 44, nahe Alexanderplatz. 5999
Betten, Stoppdecken, sportlich, Leihhaus Reanderstraße 6. 55/10
Remontoiruhren, Regulatoren, Sprenggläser, sportlich, Leihhaus Reanderstraße 6. 55/10
Teppiche, Gardinen, sportlich, Leihhaus Reanderstraße 6. 55/10
Möbel auf Teilzahlung Brünzengasse 62. 62/12
Ruhbaummöbel, ganze Wirtschaft, billig veräußert. Jostenstraße 38 I, rechts. 5938
Hobelbänke, umgehbarer Aufverkauf Bremerstr. 54, Keller. 174
Schankkassen, Küchenpinsel, Schlagalter verkauft Strömer, Holzmarktstraße 12. 2999b
Drahtgäule, Klauke, Berlin, Neue Schönhauserstr. 31. 5388
Landsbau! Gebrauchte und neue Patten, Rechen, Rantholz, Breiter, Thären, Fenster, Dachpappe, Leer, billig, Kottbuser Damm 22. 28006
Teppiche mit Herdenflecken, Fadentücher Große Frankfurterstr. 9, parterre. 741
Fahreräder, nur gute selbstgemachte, sowie Reparaturen und Zubehör zu soliden Preisen bei Carl Diethe, Große Frankfurterstr. 123. 2892b
Chue Anzählung, Nähmaschinen sämtlicher Systeme, wöchentlich 1,00, fünfjährige Garantie. Poststraße, Nähmaschinengeschäft. Wiesenstraße 20, zweite Verkaufsstelle Oden, Krautstraße 36, Nordost. 39025
Kanarienvogel, Jagdwild, billig Krause, Beukstr. 38. 183

Vermischte Anzeigen.

François Logons 0,75. Professeur Parisien Pommeret, Breitstr. 19.
Brennendes Weithoden im Klotter und Violinpiel, Verhoffst fischer Vernetz, Erfolg in 12 Stunden. Unterricht und Verkauf Dramenstr. 100, hundertachtzehn. 2988b

Wahlverein des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises. Sonnabend, den 16. März 1901, in Schuegelbergs Festsälen, Hagenhaide 21:

10. Stiftungsfest.

Großes Vokal- und Instrumental-Konzert und gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins Liedesfreiheit und des Berliner Uk-Trio. Festspreche gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Wolfgang Heine. Nachdem: Tanz. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. Der Vorstand.

Der Einberafer.

Danksagung. Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung des Gekindes August Insinger am 10. d. M. sagen allen Beteiligten den herzlichsten Dank. Wegen des Witzugs bleibt daselbst am Donnerstag, den 21. März, geschlossen. Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse

für das Gewerbe der Tischler u. Pianoforte-Arbeiter zu Berlin. General-Versammlung der Vertreter der Klassenmitglieder u. der Arbeitgeber am Donnerstag, den 21. März, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15 (Saal I).

1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1900 nebst Bericht der Revisoren. 2. Antrag der Bureaubeamten auf Einführung der englischen Arbeitszeit. 3. Verschiedenes.

Das Kassenlokal

befindet sich vom 22. März ab Reanderstraße 4, 2. Hof links, 1 Tr. Wegen des Witzugs bleibt daselbst am Donnerstag, den 21. März, geschlossen. Der Vorstand.

Achtung! Töpfer. Achtung!

Freitag, den 15. März, abends 6 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15:

Oeffentl. Versammlung der Töpfer Berlins u. Umgegend.

1. Die Petition der Bauarbeiter-Kommission an den preussischen Landtag. Referent: Genosse Link. 2. Sind die Kollegen gewillt, vor dem 1. April auf Bauten bei un- vergüteten Fenstern zu arbeiten? 3. Gewerkschaftliches. Der Vorstand der Filiale Berlin Centralverband der Töpfer Deutschlands.

Kranken- und Begräbniskasse für die im Berliner Gürtler- u. Bronzeergewerbe beschäft. Personen.

Achtung! (E. S. Nr. 60.) Die Mitglieder werden aufgefordert, behufs Erleichterung des Beitritts in die „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter“ ihre Mitgliedsbücher mit der Erklärung, in welche Klasse sie einreten wollen, und der genauen Wohnungsangabe in den Zahlstellen bis 17. März oder bis 23. März im Kassenlokal Alsbachstr. 72, v. r., abzugeben. Die Neu-Ausgabe der Bücher erfolgt nur vom 25. bis 30. März und nur im Kassenlokal. Die Beiträge für Monat März müssen spätestens den 23. März bezahlt sein.

Die Liquidations-Kommission.

3. K.: Paul Hets, O. Alsbachstr. 72, parterre rechts. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentlich 1 M. Alfred Apenburger, Invalidenstr. 33, Nähe Stettiner Bahn. Spr. 9-7. Reparatur sofort. *
Habriskaner, 715 Quadrat. Met., elektr. Kraft u. Licht, herrschaftl. Wohnung, 7 Zimmer, Bad, Zub., pr. 1. 4.

Zähne 2 M., Elisabeth-Hefer 19

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentlich 1 M. Alfred Apenburger, Invalidenstr. 33, Nähe Stettiner Bahn. Spr. 9-7. Reparatur sofort. *
Habriskaner, 715 Quadrat. Met., elektr. Kraft u. Licht, herrschaftl. Wohnung, 7 Zimmer, Bad, Zub., pr. 1. 4.

Genossensch.-Bäckerei „Vorwärts“

Am Ostbahnhof No. 3. (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung) Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß die diesjährige ordentliche Generalversammlung am Sonntag, den 24. März cr., vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Verche, Müddersdorferstr. 3, stattfindet.

Generalversammlung

1. Vorlage des Jahresabchlusses. 2. Verwendung des Reingewinns. 3. Neuwahl des Vorstands und Aufsichtsrats. 4. Geschäftliches. Um pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Herrmann Teufel, Geschäftsführer. Fr. Biedler, Kassierer. NB. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Bilanz den Genossen in unserem Comptoir am Ostbahnhof Nr. 3 zur Einsicht ausliegt. D. D.

Achtung! Arbeiter-Radfahrer!

Freitag, 15. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal I:

Oeffentliche Versammlung.

1. Vortrag des Genossen Waldock Manasso über: „Der Kampf um das Dolein“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Sämtliche Arbeiter-Radfahrer Berlins sind zu dieser Versammlung eingeladen. Der Vertrauensmann.

Steppdecken

kaufst man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik B. Strohmannel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72, wo auch alte Decken aufgearbeitet werden.

Herren-Vortrag

Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10, über: „Sogenannte unheilbare Männerleiden“. Mittwoch, den 13. März, abends 7 1/2 Uhr, in den Sprechsalen, Reichstraße 27. Nur Herren! Eintritt frei! Keine Teilerfassung. 31085

Temporowski

Herrengarderoben-Geschäft Berlin SO., Reanderstr. 16, II. Verkauf Anzüge und Sommerpaletots, reine Wolle, sportlich, auf Zerge, Cloth und Atlas, 22, 25, 27, 30 M., Galballe 14, 16, 18, 20 M. Nach Maß nur 5 M. teurer. Fellen und Zoppen von 4,50 M. an. Bei teureren Garderoben Teilzahlung, monatlich 10 M., gestattet. 8549

30 Mark elegante Herren-Anzüge nach Mass, 30 Mark hochfeine Sommer-Paletots nach Mass.

Für 10 Mark hochelegante Bekleidungsstücke nach Mass, (887 L* guter Stoff, tadelloser Sitz! 14 Krausen-Strasse 14, 1 Tr. Kein Laden. 1 Tr.

Möbel

in der Fabrik H. Roggensack, Inb. P. Kraatz, Berlin N. 7, Ruppiner-Strasse 5.

Möbel

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen. Großes Lager. • Billige Preise. Dreijährige Garantie. 9619

Wilh. Lambrecht, Zimmer 19.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Rindstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Kleine Anzeigen.

Elektrotechnik. Abendkursus beginnt. Jachon, Alte Falschstraße 24. *
Rechtsbureau. Rechtshilfe, Rechtsbeistand, Andreasstraße Dreilindstr. 30. 30909
Patentanwalt. Dammann, Oranienstraße 57, Wriezenerplatz. Gehobene lohnfreie Rate abends bis neun.
Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Restitutionsen. Sapper, Steglitzerstraße 65. 2949b
Augustabad. Köpenickerstraße 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 4712
Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Teilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Frankfurterstr. 20. *
Damenkleider reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an. Nothnische Färberei, Andreasstraße 78 parterre, Wiesenbühlstraße 18.
Kunstschneiderei von Frau Koloski, Strinmeyerstraße 48.
Büchlein-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b
Saal und Vereinszimmer empfiehlt Jannasch, Inselstraße 10. 2902b
Vereinszimmer. Bollmer, Rantaustraße 25. 2701b
Vereinszimmer für ca. 50 Personen, mit Piano, sowie zwei Regalbahnen vergiebt. Deise, Bergstraße 20. 793
Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterfäden 15, mit Stoff 30 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 59, III. Bitte Namen beachten! 3100b
Kanarienvogelchen. Kauf Vogelhandlung Hottelstraße 6. 3114b
Nehme die Befreiung gegen Fräulein Benz zurück. Carl Schmidt
Jungen gesucht. Diejenigen Personen, welche geigen haben, daß am 22. Dezember abends zwischen 8 bis 9 Uhr am Mariannenpark, Ecke Waldemarstraße, ein elektrischer Straßenbahnwagen mit einem Bierwagen zusammenstieß und denselben umwarf, gleichzeitig auch einen Schützlerwagen anstieß, infolge dessen zwischen dem Führer des Schützlerwagens und dem des Straßenbahnwagens ein Wortstreit entstand, werden gebeten, ihre Adresse bei Oswald Wenzel, Stralau 19 abzugeben. 3106b
Spiegelblau. Küchenmöbel, Boden-Einrichtungen, Fußböden, streicht und lackiert mit nur feinsten Anilinfarben, als Spezialität, zu billigen Preisen. Malermeister Hermann Winter, Greifenhagenstraße 72a. 5428
Kranze, Blumen u. Schleifen, sowie Palmen empfiehlt billigst O. Zillmann, Frankfurterstr. 4, Ecke Fruchtstraße. 3120b
Photographie. 12 Bist, 2 Kabinett 3 Mark 80, auch Kinder. E. Hering, Schönhauser Allee 146. 758
Vermietungen. Schlafstellen. Anständiger alter Herr kann zum 1. April auf dauernd mit einwohnen. Zu erfragen Stolzenburg, Wiesenstraße 41/42. 763
Schlaftelle Witwe Hofmann, Georgenstraße 62 Seitenflügel.
Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Verkäufer auf Leisten verlangt Schulz, Rixdorf, Berlinerstraße 89.
Schneiderin verlangt Küddersdorferstraße 25 IV, rechts. 741
Bauaufschläger verlangt Zwillingstraße 22. 3119b
Farbigmacher verlangt Georgenstraße 14a, I. 3118b
Tüchtigen selbständigen Formenschnitzer verlangt bei hohem Lohn Gummiwarenfabrik Behrens u. Co., Reinickendorf, Köpenickerstraße.
Glaskleber auf Schwarzglas, oder solcher, der sich darauf einrichten will, sofort gesucht. Schröder, Rudolphstr. 6. 3115b
Tüchtigen Farbigmacher verlangt Wrangelestraße 13. 3102b
Tüchtige Rod und Latzen Arbeiterinnen verlangt Wobeslau Larnow, Kochstraße 2. 3099b
Wamfells auf gute garnierte Paletots, Umhänge verlangt bei hohem Lohn Grün, Ferkelstraße 23. 3103b
Lehrfräulein auf Damenschneiderei wünscht Regener, Zwillingstraße 11.
Glasergolderei. Poliererin auf Wora verlangt Runkelstr. 5, Frölich, Holzmannstraße 22. 3117b
Nähmaschinen in und außer dem Hause. Schröder, Pantow, Kaiser Friedrichstraße 67. 3009b
Wamfells auf Fadettts anhem Hause, 1,50-2,25 Mark, Bäge, Schwedterstraße 36. 3020b
Wamfells auf Fadettts, 1,25 bis 1,65, verlangt Schmidt, Rauerstraße 22. 748b
Lehrmädchen verlangt seine Damenschneiderei, Fähr, Lindenstraße 87. 3081b
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile
I. Redacten für die täglich erscheinende „Erzürter Tribune“ gesucht. Eintritt zum 1. Mai. Offerten mit Gehaltsansprüchen werden möglichst bald erbeten an den Verlag der „Tribüne“, Erzürter, Futterstr. 7. 9602
Tüchtige Lackierer gesucht! Hoher Lohn bei dauernder Stellung! Bewerberinnen, welche mit dem Lackieren resp. Vernieren von Messingteilen betraut sind, erhalten den Vorzug. Offerten unter C. 4 an die Expedition dieses Blatts. 9622
Wamfells auf Fadettts für in und außer dem Hause. Woyda, Eisenbahnstraße 19, v. I.
Faktor gesucht! Einen im Geltungsdruck durchaus sicheren Faktor sucht die „Niederrh. Volkstribüne“ Düsseldorf. Offerten mit Preisanschlägen bis zum 20. d. M. erbeten. Eintritt würde einige Tage vor dem 1. April d. J. erfolgen. Die Cröscherwaltung.
Achtung, Holzarbeiter! In der Möbelwerkstätte von Groneberg, Weihensee, König-Gaule 75, haben die Kollegen wegen Lohnverhältnissen die Arbeit niedergelegt. Bezug ist streng fernzuhalten. 78/15 Die Cröscherwaltung.
Achtung, Radfahrer! Bei der Firma Carl Schulse, Charlottenburg, haben die Kollegen wegen Lohnverhältnissen die Arbeit eingestellt. Bezug ist streng fernzuhalten. Die Bauen befinden sich Leipzigerstraße 73/74, Rauerstr. 37/41, Bau „Kordern“, Köpenickerstr. 33, und Reinickendorf, Oranienburger Chaussee. Da wir an der Verkaufsstelle gebunden werden, bitten wir die auf den Bauen beschäftigten Arbeiter anderer Betriebe, an die in Arbeit tretenden Radfahrer zu wenden und uns hierüber Mitteilung nach unserem Bureau, Kommandantenstr. 65, Fernspr. Amt IVa Nr. 6591, zu machen. Der Vorstand.
Achtung, Tapezierer! Die Kollegen bei der Firma Jüdel, Markgrafstraße 20, befinden sich wegen Lohnverhältnissen im Ausstand. Bezug ist fernzuhalten. 177/10 Die Verbands-Eitung.
Achtung! Achtung! Parfettbodenleger! Bauhandwerker! Die Firma Adolf Fleck, Steierwälderstraße 16, Zöllnermeister C. Schütte, ist geipert wegen Nichtanerkennung des Tarifs. Der Bau befindet sich Ullrichstraße und Preussischerstraße 79/3 Die Werkstatt-Kontrollkommission.

Gegen die Verschlechterung der Bäckerei-Verordnung

erhob eine sehr zahlreiche Besuche Versammlung der Bäckerei-Arbeiter... die am Dienstagmorgen im Kellerischen Saal tagte.

Übermeister Gemeinhardt von der Innung „Concordia“... der als erster Diskussionsredner das Wort nahm.

Schneider wies darauf hin, daß die Meister früher stets für... gänzliche Beseitigung der Bäckerei-Verordnung eingetreten seien.

Nachdem noch mehrere Redner, darunter auch Bädermeister... gegen jede Verschlechterung der Bäckerei-Verordnung

Wie Gehlschöld noch bemerkte, ist die Verpflichtung, welche... die Bädermeister seiner Zeit vor dem Einigungsamt eingegangen

Socials.

Eine Fählung der Arbeitslosen im Blauenischen Grunde... einem Antriebsziel bei Dresden, die das Gewerkschaftsamt

Arbeiterkassen in den Mühlen. Infolge einer Eingabe... bestimmt das sachliche Ministerium des Innern nach Gehör der Kreis-

Hilfe einer Antriebsvorrichtung abzugeben, so trägt das... Ministerium, wie es in der Verordnung ausführt, Bedenken,

Die Zimmerer Hamburgs haben während des ganzen Jahres... 1900 von Monat zu Monat Aufnahmen über die Arbeitslosigkeit

Table with 6 columns: Monat, Zahl der das ganze Jahr verfrachtet, Arbeitstagen, pro Monat Arbeitstage, im Verhältnis zum arbeitslosen Gewerbe, Lohnausfall in Mark.

Aus verschiedenen Gründen war es unmöglich, über alle... glieber der Organisation diese Angaben zu machen,

Für amerikanische Nähmaschinen war Deutschland im Jahre... 1900 fast der stärkste Abnehmer geworden;

Der Zuckerverbrauch der Vereinigten Staaten betrug im... Jahre 1900 auf den Kopf der Bevölkerung 68,8 Pfund,

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute, Mittwochabend, findet in der... Ressource, Kommandantenstr. 57, eine Volksversammlung

„Die obligatorische Fortbildungsschule und die Resten... der Kaufmannschaft.“

Beim Stiftungsfest des Wahlvereins des 8. Kreises im... Feinpalast sind gefunden worden:

Adlershof. Am Donnerstag wird im „Socialdemokratischen... Wahlverein“ Genosse Mag. Kiesel über „Kapitalismus und Armut“

Zur Lokalkasse. In Neuthen steht das Lokal von Ziehl, See... strasse 35 (früher Hert), der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung.

Die Lokalkommission von Adlershof.

Lichtenberg. Montag, den 12. März, findet die Erwahlung... zur Gemeindevertretung statt.

Higdorf. Socialdemokratischer Wahlverein. Mitglieder-Vers... ammlung am 13. März im Apollo-Theater, Hermannstr. 48/49.

Kommunales.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat für ihre am... Donnerstagnachmittag 5 Uhr stattfindende Sitzung u. a. folgende

am Urban, Krankenhaus Bismarckstraße, Polizeikosten im allgemeinen... (Ortspolizei) und Feuerlöschwesen, Jrens- und Jbiotenanstalt in Dall-

Zu der am Montag abgehaltenen Sitzung des Stad... Ausschusses wurde der Etat der Badeanstalten in zweiter

Ferner wurde über die ungenügende Reinigung der... Klassen immer in den Gemeindefschulen geklagt.

Im Etatsjahr werden nur zwei Gemeindefschulhäuser... fertiggestellt.

Für die Beaufsichtigung der Gemeindefschüler bei ihren... Spielen auch während der Ferien verlangt der Magistrat 1600 M.

Lokales.

Scharfmacherische Übernehm. In den Kruppischen... Nachrichten lesen wir: Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Aufruf

Vielleicht geht das Scharfmacherblatt in der von ihm bei... Socialdemokratie so sehr häufig vernichteten Toleranz mit gutem

Die der Berliner Schulnot abgeholfen wird! In den... Berliner Gemeindefschulen sollen im Etatsjahr 1901 120 neue

Gegen den Staatsmeister Ernst Mals haben 11 seiner... Arbeiter beim hiesigen Gewerbegericht Klage erhoben wegen

Ueber die menschenverdorbene „Grosche“ hat einem hiesigen... Blatt zufolge Geh. Rat Professor Niebler, der früherer Rektor der

gute, leicht zu handhabende Bremse ist. Mit den Bremsen, mit welchen gegenwärtig in Berlin die schweren Accumulatorenwagen versehen sind, sei es überhaupt nicht möglich, sie rasch anzuhalten. Es müßten Luftbremsen eingeführt werden, die man mit einem einzigen leichten Handgriff in wirksame Thätigkeit zu setzen vermöge.

Vom oberflächlichen Recherchieren in der Armenpflege. In der letzten Verammlung der Armenkommissions-Vorsteher wurde ein eigenartiger Betrugsfall zur Sprache gebracht. Das Almosen eines 70jährigen Armenempfängers ist nach dessen Tod noch ein halbes Jahr lang an eine andre Person weitergezahlt worden, die sich für den rechtmäßigen Empfänger ausgab. Der Betrag wurde auch bei der Revision noch nicht entdeckt, da die betreffende Person in der Wohnung des verstorbenen Armenempfängers angetroffen und für diesen gehalten wurde. Die zuständige Kommission berichtet darob hin, daß das Almosen wegen Alter und Gebrechlichkeit weiter zu zahlen sei. — Dieses Vorwissen zeigt, wie leicht sich manche Armenkommissions-Mitglieder ihrer Arbeit machen, wenn sie sich über die Person und die Verhältnisse eines Armen unterrichten sollen. In dem vorliegenden Fall hat Oberflächlichkeit im Recherchieren dazu geführt, daß eine Unterstützung zu Unrecht gewährt wurde. In andern Fällen führt daselbe Verfahren zum Gegenteil — zu dem Ergebnis, daß die Unterstützung zu Unrecht verweigert wird. Von den Mitgriffen der letzteren Art wird natürlich kein besonderes Aufsehen gemacht. Sie sind aber mindestens ebenso bedauerlich, wie die betrügerische Ausbeutung der Armenklasse durch gewerbsmäßige Schnorrer.

Auf zum Kampf für Ordnung, Religion und Sitze! Ein Mutig verlaufenes Duell hat wieder einmal am Sonntagmorgen im Grunewald stattgefunden. Nachbarn vom Berliner Bicycle-Club „Germania“, welche um die neunte Stunde einen Ausflug nach Potsdam unternahmen, hörten zwischen Jehlendorf und Wannsee mehrere Schüsse fallen und beobachteten, wie bald darauf eine Anzahl schwarz gekleideter Herren in Equipagen ihren Weg nach Wannsee zu nahmen. Ein Berichterstatter hat über die Angelegenheit folgendes ermittelt: Als Gegner standen sich gegenüber der angebl. Reserve-Offizier Fabrikdirektor Dr. H., der in einem westlichen Vororte Berlins wohnen soll, und der frühere Oberleutnant eines Garde-Regiments von Sch., der am Tage zuvor wegen Ausmaßes des Ehrenhandels von Köln a. Rh. nach Berlin gekommen und bei dem Duell durch einen Schuß in die rechte Schulter schwer verletzt wurde. Die Bedingungen waren den Ermittlungen zufolge sehr schwer und die dringlichsten Vorstellungen der Sekundanten vermochten nicht, diese zu mildern; sie lauteten: fünf Schritt Barriere, Kugelwechsel bis zur Kampfsfähigkeit. Der Veranlassung des Duells liegt folgende Thatsache zu Grunde. Bei einer Familienfeier, die Dr. H. kürzlich in seiner Villa veranstaltet hatte, und auf der auch der Oberleutnant v. Sch. eingeführt worden war, soll es zu einer turbulenten Scene gekommen sein. Frau Dr. H. hatte sich nach Mitternacht in eins ihrer Gemächer zurückgezogen und war hier von ihrem Gatten mit dem Offizier in einer Situation betroffen worden, die keinen Zweifel darüber aufkommen ließ, daß die eheliche Treue von der Frau gebrochen worden war. Der beleidigte Gatte verlegte dem Galan ein paar schallende Ohrfeigen; diese gaben aber Veranlassung zum Zweikampf, denn der Geohrfeigte überreichte sofort seine Karte und soll mit der Frau des Hauses am andern Morgen nach dem Rheinlande abgedampft sein. Der Gatte beantragte nun einen Detektiv mit der Überzeugung der beiden und dieser konnte ihm am Sonntagabend ein Bild präsentieren, auf welchem mittels eines Momentphotographen der Augenblick festgehalten ist, in dem das Paar dieser Lage in einem Hotel in der R.straße versahnd. Das Duell fand nun freimüthig am Sonntagmorgen statt und endigte schon nach dem ersten Gange mit der schweren Verletzung des Oberleutnants a. D., der, von dem Arzt verbunden, sofort mittels Wagens in ein umweit gelegenes Sanatorium geschafft wurde. Dort liegt er zwar schwer, aber nicht lebensgefährlich verwundet darnieder. Die vorgelegte Militärbehörde soll von dem Vorfalle bereits in Kenntnis gesetzt worden sein.

Wir wiederholen hier das schon bei früheren Gelegenheiten Gesagte, daß wir nicht das geringste dagegen einzusetzen haben, wenn die Anhänger des codizierten Niederhollens einander bei passenden Gelegenheiten möglichst energisch und auf die Dauer unerschütterlich zu machen suchen. Im Interesse des Staats und der diesem liegenden Religion wäre allerdings zu wünschen, daß die Freunde solcher Gebrauche sich nicht ihrer Gewohnheit gemäß als die Träger eines besonders feinen geistigen Erbes betrachten und als die patentierten Stützen von Thron und Altar aufspielen dürften. Aber die Interessen des heutigen Staats zu wahren, ist ja eigentlich nicht unsere Sache.

Die Gasproduktion der städtischen Werke hat in dem Zeitraum vom 1. Oktober 1900 bis 1. Januar 1901 um rund 4 Millionen Kubikmeter, d. h. um 8,8 Proz., zugenommen; sie ist von 45 983 000 Kubikmeter auf rund 50 000 000 Kubikmeter gestiegen. Zu Leuchtzwecken zum Preise von 16 Pf. wurden 29 880 807 und durch automatische Gasmesser zum Preise von 10 Pf. für 600 Liter 10 576 Kubikmeter gegen 11 819 Kubikmeter in 1899 abgegeben, d. h. es wurden von diesem Gase 6 1/2 Proz. weniger abgeleitet. Zu Koch- und gewerblichen Zwecken wurden in den letzten drei Monaten 1900 abgegeben 10 381 472 Kubikmeter, und für Motoren 2 607 395 Kubikmeter gegen 10 144 558 Kubikmeter in 1899. Die Steigerung im Verbrauch beträgt hier 27 1/2 Proz.

Ein Feldzug gegen die automatischen Restaurants ist von einigen Gastwirtsvereinen eröffnet worden. In Gastwirtsvereinen dieser Art werden durch die festgestellten Regeln, welche Schließungen die automatischen Restaurants für das Publikum und für den Gastwirtsstand im Gefolge haben. Viele der Antworten gehen darauf hinaus, daß im Interesse der heranwachsenden Jugend ein Verbot oder eine scharfe Kontrolle der Automaten-Restaurants dringend notwendig sei. Junge Leute, denen in den gewöhnlichen Restaurants alkoholische Getränke nicht verkauft werden dürfen, hätten in den Automaten Gelegenheit, der Böhlerlei zu huldigen. Das Resultat der Umfrage soll zu einer Eingabe an den Reichstag und an den Bundesrat benutzt werden. — Die Gastwirte sollten doch nicht mit solchen wunderlichen Argumenten gegen eine Neuerung ankämpfen, gegen die sich anders keine Gründe anführen lassen, als die aus der Konkurrenzfurcht hergeleiteten.

Angehendes Sonnenium. „Schülerkämpfe“ werden seit Wochen wieder an verschiedenen Stellen ausgefochten, so auf Hixdorf's Gebiet, auf dem Tempelhofer Felde, im Steintiner Rinnel, am Gartenplatz und namentlich an der Grenze zwischen Berlin und Reinickendorf. Polizei und Gendarmen sind gegen den häufig ziemlich machtlos, da auf freiem Felde ihre Annäherung schon aus weiter Entfernung bemerkt wird und dann die halbwildwüchsigen Burschen sich rechtzeitig in Sicherheit bringen können. Anam aber ist die Luft rein, so geht die Schlacht von neuem los. Als Waffen werden sogar schon Messer, die an Hüften festgebunden sind, benutzt. Gestern wurde bei Reinickendorf ein 13jähriger Junge dermaßen am Kopfe verletzt, daß man ihn bewußtlos vom Kampfsplatz tragen mußte.

Auf eine gräßliche Weise ist gestern früh nach 7 Uhr der Arbeiter Tappia aus der Kottbuserstraße 40 im Betriebe der Union-Electricitätsgesellschaft in der Huttenstraße verletzt worden. Als er einen elektrischen Draht reinigen wollte, wurde er von einem andern Draht erfasst und furchtbar zernichtet. Der Unglückliche mußte in ein Krankenhaus gebracht werden, wo er hoffnungslos darniederliegt. Zum Unglück sind die vier Kinder des Arbeiters jetzt ohne Hilfe, da Frau Tappia seit längerer Zeit schwer krank ist.

Ein Geschäftsinhaber als Einbrecher. Auf früherer Zeit erkappt wurde gestern Abend ein Dieb, der im Hause Triftstraße 4 eine Gastrolle geben wollte und es auf das Cigarngeschäft von Fischer abgesehen hatte. Hinter dem Geschäftsladen befindet sich die Wohnstube, deren Ausgang durch eine Doppeltür nach dem Hausflur führt. Fischer war eben im Begriffe, sich zu entkleiden, als er vernahm, daß die äußere Thür aufgeschlossen wurde. Er laufte einen Augenblick, doch als sich nach der Schlüssel in dem Schloße

der inneren Thür drehte, rief er diese mit einem Ruck auf und sah sich einem Einbrecher gegenüber, der bei der unerwarteten Begegnung einen Moment verblüfft war, dann die Flucht ergriff und die Thür hinter sich zuschloß. Fischer schlug Alarm, eilte aber auch in Hemdsärmeln dem nach dem Übergehende flüchtenden nach. In wenigen Minuten war das Haus alarmiert und der Dieb gefaßt. Dieser verlegte sich nun zuerst aufs Bitten und versuchte sich loszureißen, allein die Uebermacht war zu groß, und so wurde er zur Wände geföhrt. Nachdem er auch hier noch einen vergeblichen Fluchtversuch unternommen hatte, bequeme er sich zur Angabe seiner Personalien, wobei er sich als der Inhaber einer Wasch- und Plättanstalt, Ramens Gyppe, aus der Adestr. 54 entpuppte. In seinen Taschen wurden nicht weniger als 13 verschiedene Schlüssel und eine Feile gefunden. Den Schlüssel zur Fischerschen Wohnung hatte er auf seiner Flucht weggeworfen, doch ist derselbe gefunden. Der Einbrecher wurde in Haft genommen.

Ein Oseum-Attentat. Das Opfer einer Verwechslung ist der in der Friesenstraße wohnhafte 24jährige Mechaniker Wilhelm D. geworden; der einem andern zugehörte kostbare Rasen ist gegen ihn mit dem Erfolge ausgeführt worden, daß der bedauernswerte junge Mann voranschließlich die Sehkraft auf einem Auge verliert. In der letzten Nacht hatte D. eine Wirtshaus in der Prinzenstraße mit mehreren Fremden aufgesucht; als er das Lokal verließ, stellte sich ihm ein Mädchen in den Weg. Auf die Frage, was es wünsche, erhielt er eine Quantität Oseum ins Gesicht gesossen, worauf die Unbekannte die Flucht ergriff. Der Ueberfall hatte einem der jungen Leute gegolten, die sich in Gesellschaft des Opfers dieses Attentats befanden. Auf der Sanitätsstraße Adalbertstraße wurde festgestellt, daß das linke Auge voraussichtlich verloren und das rechte stark bedroht sei. Nach Anlegung von Rotwunden wurde der vor Schmerzen Wimmernde nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt. Die Thäterin ist ermittelt worden und wird ihrer Strafe nicht entgehen.

Mit einem Moment-Löschapparat „Excellior“ (Patent P. C. Carré, Paris) wurden am Dienstagmorgen auf dem Tempelhofer Felde drei Löschversuche gemacht, die gut gelangen, indes nicht geeignet waren, die erschienenen Sachverständigen von der großen Wirksamkeit des Apparats voll zu überzeugen. Man hatte eine Esse aus Holz und eine nach Norden offene Holzstube errichtet, mit Teer und Petroleum getränkt und dann angezündet. Ferner hatte man ausgeflossenen Teer mit Petroleum begossen und angezündet. In allen drei Fällen glückte es, mit den neuen leicht handlichen Apparaten die Flammen binnen wenigen Sekunden vollständig zu löschen. Trotzdem befriedigten die Löschproben nicht, weil sie unter sehr günstigen Umständen, mit der denkbar leichtesten Wille und ohne jedem Vergleich stattfanden. Von der Feuerwehr war Brandmeister Eisner erschienen, um sich von der Probe zu informieren.

Feuerbericht. Dienstag Abend erfolgte Aufhalsstr. 9 in einer Topfgerüst ein großes Schadenfeuer, das die Wehr eine Stunde beschäftigte. Vorher brannten Mühlendörferstr. 30 Kleidungsstücke und Betten. Ein Schornsteinbrand verursachte einen Alarm nach Lützowstr. 10. Kommandantstr. 18 gingen Kisten und Schreibwaren in Flammen auf. Kleine Wohnungsbrände erfolgten Poststr. 1 und Johstr. 1. Durch fehlerhafte Ofenanlage war Heindendorferstr. 66 die Balkenlage in Brand geraten, während Hagenstraße 71 Schirme eingestürzt wurden. Außerdem erfolgte infolge Unfalls am öffentlichen Keller eine Alarmierung nach Görlischerstr. 48. Der Thäter entkam.

Essentielle Hygiene-Vorträge der Central-Kommission der Krankenkassen. Das Thema für Donnerstag, den 14., lautet: „Hygiene des Auges“, das Thema für Freitag, den 15.: „Hals, Nase und Ohr“. Mit diesen beiden Vorträgen endet der diesjährige Cyclus. Diese beiden Thesen sind mit Rücksicht auf das Gede der, weil sie ganz besonders wichtige Gebiete der Hygiene behandeln. Der Vortrag von Donnerstag, den 14., findet statt in den Schulaulen Wartenstraße 49, Schopenhauer Allee 106a, Grottenstraße 7, Stephanstr. 27. Vortragende die Herren Doktoren Max Rasche, W. Seligson, J. Wurm, L. Sankelberger. Der Vortrag von Freitag, den 15., findet statt in den Schulaulen Reibstockstr. 132, Poststr. 8, Brannestr. 128, Winterfeldstr. 16. Vortragende die Herren Doktoren A. Schenfeld, Georg Steinig, Georg Holtenal, Alfred Brnd. Beginn pünktlich 8 1/2 Uhr abends. Zutritt für jedermann unentgeltlich ohne Legitimation.

Im Vorfeld der Heine spricht heute Professor Adams über den Einfluß des Tabakrauchs auf die Gesundheit, am Donnerstag Herr Dr. Rah über Wein und Alkohol, am Freitag Herr Professor Müller über Hergeißel im täglichen Gebrauch und am Samstag Herr Dr. Donath über Beschäftigung und Durchstrom. Im Theater wird abendlich das neue dekorative Ausstattungsjahr „Unter Rhein“ zur Aufführung gelangen.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung stand folgender, von 14 Stadtverordneten eingebrachter Antrag zur Debatte: „Die Stadtverordneten-Versammlung richtet an den Magistrat das Ersuchen, eine gemeinshafliche Petition an den Bundesrat und den Deutschen Reichstag abzugeben, um in derselben gegen die beabsichtigte Erhöhung der Getreidepreise zu intervenieren und die Vertenerung der unentbehrlichen Lebensmittel einzusparen zu erheben.“ Dieser Antrag, der von uniser Seite sowie von dem Stadtverordneten-Vorsteher Müller recht warm befürwortet wurde, gelangte dann auch mit 27 Stimmen zur Annahme. Charakteristisch war für uns Schöneberger Arbeiter wiederum das Auftreten des Stadtv. Wagner, des Vorsitzenden des Mietervereins, der seine schweren Bedenken gegen ein derartiges frevelhaftes Vorgehen nicht anders motivieren konnte als mit den Worten: „Daß durch die Veranlassung dieses Antrags die Stadtverordneten-Versammlung politisch sich betätigen würde; um dies zu verhindern, sei er für Ablehnung des Antrags.“ Eine recht eigentümliche Konsequenz eines Wunsches, der vorgibt, die Interessen der Allgemeinheit vertreten zu wollen gegenüber keiner Interessengruppe wie im Falle der Mieter und der Hausbesitzer. Für weiteste Verbreitung dieser „freigeistlichen Haltung“ werden wir nach Möglichkeit sorgen.

Neu-Weihensee. Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Uebernahme der zwischen der Hallenberger- und Bernabauerstraße gelegenen Strecke der Kreisbahnlinie Neu-Weihensee-Bernau. In der Erwartung, daß der Gemeinde später vom Kreisausfluß dauernde Vertragsleistungen zu Trafficebanten usw. nicht auferlegt werden, wurde dem Antrage zugestimmt. Als Abfindungssumme zahlt der Kreis an die Gemeinde 4000 M. — Die Ordnung über die Aufbringung der direkten Gemeindesteuern wurde dahin abgeändert, daß in Zukunft der hierorts für andre direkte Steuern übliche Zuschlag (175 Proz.) auch bei der Betriebssteuer erhoben werden soll. — Dem Gemeindevorstand war von der Regierung eine Anfrage zugegangen des Inhalts, ob die Kotiz des „Portwärts“ richtig sei, wonach einer Reihe von Gewerbetreibenden von der Polizeibehörde eine Verfügung zugegangen ist, ihre bis dahin imugeordneten Werkstellen zu räumen, und ob dies aus Anlaß der Wohnungsnot verfügt worden sei. Vom Vorsteher wurde bemerkt, daß diese polizeilichen Verfügungen thatsächlich ergangen sind, jedoch nicht um Wohnungen freizumachen. Vielmehr habe der Gewerbe-Inspektor bei der Revision die als Werkstellen benutzten Räume wegen ihrer Feuergefährlichkeit beansprucht und zur Anzeige gebracht, daraufhin seien die polizeilichen Verfügungen erlassen worden. — Uniser Kotiz bedarf also einer Ergänzung nur dahin, daß die Polizeibehörde von anderer Seite auf diesen Mißstand aufmerksam gemacht wurde. — Eine eingehende Debatte entspann sich über die Möglichkeit, an die Stadt Berlin Entschädigungsansprüche zu stellen wegen Vernichtung der Königs-Chauffee durch ein Annullationsstroh. Ein Vertrag mit dem Provinzialverband, dem früher die Straße gehörte, bestche zwar nicht, dessen ungeachtet habe aber die Gemeinde als Rechtsnachfolger des Provinzialverbands das Recht, der Stadt Berlin die Vernichtung der Gemeindestrecken ohne jede Entschädigung freitrag zu machen; hieran würde auch eine frühere stillschweigende Duldung dieser Dinge seitens der Provinz nichts ändern. Um sich darüber Klarheit zu verschaffen, ob die Stadt Berlin den Bau-Konjens von 1876 von der Regierung als frühere Eigentümerin der Straße erhebt bekommen habe, wurde von der Rechtsrit beschlossen, ein juristisches Gutachten eingeholen.

Der Kontrahent wird sich in seiner nächsten Sitzung mit dem Erlaß einer Polizei-Berordnung betreffend Desinfektion der anliegenden Krankenhäuser befassen; ebenso soll eine Anweisung für Desinfektion festgelegt werden. Zu der Anschaffung, daß die Gemeinde selbst derartige Maßregeln auf gesundheitslichem Gebiete im Interesse der Allgemeinheit unentgeltlich und allgemein durchzuführen müsse, können sich unsere dorklichen Socialpolitiker noch nicht aufschwingen. Leider muß auch bestrachtet werden, daß die in einem Privatinstanz, dem Krankenhaus des vaterländischen Frauenvereins, befindliche Desinfektions-Einrichtung von Gemeinde wegen benutzt wird, was gleichbedeutend wäre mit der Unmöglichkeit, daß die Gemeinde eine Kontrolle über die Ausführung der hierauf bezüglichen Vorschriften ausübe.

Die Große Berliner läßt sich nicht irre machen in der Nichtbeachtung der Wünsche und Forderungen des Publikums. Die Forderung weiterer Kreise der Einwohnerlichkeit von Neu-Weihensee nach Wiedereinführung sogenannter Umsteigeplätze auf den beiden den Ort durchziehenden Straßenbahnlinien hat die Direktion der Gesellschaft trotz mehrfacher Aufschriften keine Berücksichtigung zu teil werden lassen. Dies Verhalten ist um so unverständlicher, als die erwähnte Bergünstigung schon früher bestand und durch Wegfall derselben dem Publikum unnötige Schereiten bereitet werden.

Aus Hixdorf. Wegen „Verschiebens“ von Rauersteinen wurde der Ruffler Wilhelm Hans polizeilich festgenommen. Er sollte für einen Neubau Rauersteine anfahren, gleich die erste Fahrt unterlag er aber und brachte sie anderweitig unter. Dies war beobachtet und zur Anzeige gebracht worden, worauf die Festnahme des vielfach vorbestraften Rufflers erfolgte.

Zur Beratung des Stadtausschusses für 1901 finden am Montag, den 18., und Mittwoch, den 20. d. M. Extra-Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlung statt.

Vermischtes.

Unwetter am Rhein. Montagmorgen trat in Düsseldorf bei Thawwetter ausgiebiger Schneefall ein, der bis in die Nacht dauerte. Es sind große Störungen verursacht, kaum der gehnte Teil der Telephonleitungen dürfte unverletzt sein. Der Betrieb der Straßenbahn ist teilweise eingestellt. — Auch in Arefeld herrschte starker Schneefall. An den Telegraphen- und Telephonleitungen sowie an den Dächern ist großer Schaden angerichtet. Der allgemeine Verkehr ist gestört.

Ueber ein Eisenbahnunglück wird aus Haxfurt in Unterfranken berichtet: Montagabend stieß eine rangierende Güterzugsmaschine im hiesigen Bahnhof auf einen Personenzug auf. Der Zugführer, der Heizer und sechs Reisende des Personenzuges erlitten leichte Verletzungen.

Vom Räuber Kneißl. Aus München schreibt man uns: Die man Räuber wird — davon weiß der nach einer langen Verjagd endlich gefangene Kneißl ein Lied zu singen. Die Gesellschaft hat mindestens einen großen Anteil der Schuld daran, daß er zu dem ward, was er jetzt ist. Er ist ein richtiges Räuberkind. Von mütterlicher Seite ist er mit den Pascolinis verwandt, die in den hiesigen Räubendiebstahl die Segen um München unsicher machten. Sehr Vater war das Haupt einer verwegenen Bande, der die isoliert im Walde gelegene Schadermühle, das Besitztum Kneißls, als Schlafwinkel diente. Er hatte zwei Söhne, Alois und Matthias, die er schon sehr früh zu den gefährlichen Handwerk anstelt, wozu Matthias, der jetzt eine so traurige Bekanntheit erlangt hat, erst wenig Jargen zeigte. Er wird von seinen Lehrern als tüchtiger, fleißiger Anode geschilbert. Lange Zeit gelang es nicht, die Bande zu fassen, da sie stets rechtzeitig von dem Rachen der Gendarmen unterrichtet wurde und in die Wälder entflo. Endlich, im September 1892, konnte die Gesellschaft überbracht und das Räuberneft aufgehoben werden, wobei es nicht ohne ein scharfes Gefecht abging. Der alte Kneißl wurde so schwer verwundet, daß er auf dem Transport verstarb, die beiden Söhne, 18- und 16jährig, schlugen sich durch, nachdem sie einen Gendarmen lebensgefährlich verwundet hatten. Sie wurden erst einige Wochen später gefangen und mit den übrigen Mitgliedern der Bande abgeurteilt. Der jüngere Bruder Alois starb im Gefängnis; Matthias, der ältere, verbrachte acht Jahre und erlernte während seiner Haft die Schreiberei. Im vorigen Jahre wurde er entlassen und trat bei einem Schreiner in München in Arbeit. Er war nach dem einstimmigen Zeugnis seiner Arbeitsgenossen ein stiller, fleißiger und geschickter Arbeiter, den jeder gern hatte. Da wurde seine Herkunft bekannt und man entließ ihn sofort. Darauf trat er in einem Sägewerk ein, allein auch da erging es ihm nicht besser; bald erfuhr man, wer er sei, und er mußte sein Bündel wieder schnüren. Und so war es überall. Er zeigte den besten Willen, sich ehrlich durch die Welt zu schlagen, aber sobald seine Abstammung bekannt wurde, trieb man ihn mit Schimpf und Schande fort, bis ihm nichts andres mehr übrig blieb, als zu seinem früheren Leben zurückzukehren. So wurde er der „berühmte“ Räuber, der Monate lang eine ganze Polizei-Armee in Atem hielt. Man darf hier wohl fragen, ob es nicht noch möglich wäre, aus Kneißl ein nützliches Mitglied der Gesellschaft zu machen, wenn man ihn, der doch offenbar bestrebt war, sich auf ehrliche Weise sein Brot zu verdienen und mit seiner Vergangenheit zu brechen, nicht überall ausgestoßen und wie einen Ausfägigen von Ort zu Ort gehetzt hätte.

Ueber die Stimmung der Bevölkerung aus Anlaß des Falls Kneißl schreibt die „Münch. Allg. Ztg.“: Die Art und Weise, wie Kneißl gefangen wurde, hat, wie die „Bayrische Provinzial-Korrespondenz“ mitteilt, unter der Bevölkerung böses Blut und vielen Hohn und Spott über die beteiligte Gendarmen und Säugmannschaft hervorgerufen. Abgesehen von der hundenlangen Verhinderung des Hauses, die zum mindesten als recht überflüssig bezeichnet wird, findet man es geradezu lächerlich, daß das Haus, in dem ein einziger Mann festgenommen werden sollte, gleich dem Geißberg oder den Epicheren Höhen mit Hurra gefeiert wurde und daß schließlich von den 25 wohlbewaffneten Erstürmern auf diesen einzigen — wie sich jetzt herausstellt — noch dazu völlig unbewaffneten Menschen auch drei Schüsse abgegeben und der bereits Schwerverwundete ebendort noch mit Kolbenstöcken traktiert wurde. All diese Vorgänge werden, wie gesagt, im Publikum höchst abfällig besprochen und es sollte uns nur freuen, wenn dies, wie es heißt, auch in maßgebenden Kreisen der Fall wäre.

Kampf gegen den Spektakelismus. Aus Budapest meldet der Telegraph: Anlässlich eines telepathischen Vortrags des Professors Willmann im Urania-Theater kam es zu einem großen Skandal. Da mehrere Produktionen mißlungen, machte das Publikum Lärm. Man schrie: „Schwindel!“ Willmann bezahlte die Medien! Das Publikum stürzte sich auf den Professor, welcher flüchtete. Es entstand sodann eine Prügelei zwischen dem Publikum und den Medien, und die Polizei mußte die Ruhe wiederherstellen.

Ein verschwandener Fürst. Fürst Stanislaus zu Sagn-Wittgenstein-Sagn, der 1879 geborene Sohn des Grafen v. Hachenburg, hatte im vorigen Jahre, nachdem er als Offizier bei den Düsseldorf'schen Wagnen den Dienst quittiert hatte, in Frankfurt a. M. Wohnung genommen. Von dort ist er „unbekannt wohin“ abgereist. Dem ein dortiger Juwelier, dem der Fürst ein Armband im Werte von nahezu 400 M. zu zahlen versagt, laßt seine Durchlaucht durch Ausschreiben im amtlichen Anzeiger zur mühseligen Verhandlung in dieser Angelegenheit vor das Landgericht zu Frankfurt a. M.

Die Naturerscheinung des Staubregens, über die aus Italien berichtet wurde, soll auch in Berlin beobachtet worden sein. Aus Ostreich liegen ebenfalls Meldungen über die Erscheinung vor. In Stadt, in Steiermark (Austhal) war Sonntagmorgen starker Wetterleuchten, dann fiel im ganzen Thale Schnee mit Hagel von auffallend rotbrauner Farbe. In Trient trat starker Schneefall mit heftigem Gewitter ein. In Abbazia fiel Montag früh eine starke Schlammschicht, welche die Straßen und Häuserdächer bedeckte. In Bozen wurde Montag 4 Uhr morgens bei Gewitterregen ein heftiges wellenartiges Erdbeben in der Richtung von Süd nach Nord beobachtet.